

# Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Bilanz des Aktionsprogramms

Ein MORO-Forschungsfeld



# Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Bilanz des Aktionsprogramms“, so lautet der Titel des vorliegenden letzten MORO-Infoheftes zum Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge (ArD): ein Begriff, der die Gewährleistung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Angebots an Gütern und Dienstleistungen zu sozial verträglichen Preisen in zumutbarer Entfernung umreißt. Wo stehen die Modellregionen nach knapp vier Jahren Regionalstrategie? Welche Erkenntnisse haben Bund und Länder in den Arbeiten hinzugewonnen? Gibt es den ursprünglich angestrebten Strategiedialog? Welche Herausforderungen konnten erfolgreich bewältigt werden, und welche Hemmnisse und Schwierigkeiten stellten sich – zuweilen unverhofft – in den Weg?

Zum Abschluss gehört jedoch nicht nur eine Bilanz, wie sie die verschiedenen Akteure im vorliegenden Heft vorstellen, zum Abschluss gehört auch ein Ausblick:

Betrachtet man den Ansatz des Aktionsprogramms perspektivisch, stellen sich viele Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung regionaler Daseinsvorsorge. Welche Trends erwarten wir in den Daseinsvorsorgebereichen, und wie wirken sich diese auf die Versorgung mit Grunddienstleistungen in der Fläche in 15 Jahren aus?

Das Aktionsprogramm hat auf Veranstaltungen, in diversen Veröffentlichungen und auf der gemeinsamen Internet-Plattform seine Erkenntnisse vorgestellt. Zusätzlich haben wir auch Anregungen aus dem europäischen Ausland und aus

den Aktivitäten anderer Ressorts sowie der Bundesländer bekommen. Zusammen lassen sich wertvolle Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung wichtiger Infrastrukturen auf der regionalen Ebene ableiten.

Die Pilotprojekte zeigen eindrucksvoll die breite Vielfalt an Lösungsvorschlägen. Bei allen Unterschieden in der Herangehensweise, in den Inhalten und in der Umsetzung stellen sich den zentralen Akteuren, den Regionalkoordinatoren, die gleichen Herausforderungen: Wie gestaltet man auf der regionalen Ebene „die Kunst des Machbaren“? Wie überzeugt man politische Entscheidungsträger von den erarbeiteten Ansätzen? Können die Anpassungsszenarien in der Realität ein Umdenken erwirken? Binden die Pilotprojekte die Bevölkerung so ein, dass sie möglichst viele vor Ort überzeugen und „mitnehmen“?

Die ArD-Modellregionen sind gut vorbereitet: Die kleinräumigen Bevölkerungsprognosen, die Erreichbarkeitsanalysen und die Anpassungsszenarien bilden Grundlagen, alle mit den benötigten Daten und Informationen vor Ort zu versorgen und Analysen zu ermöglichen, die den Entscheidungsträgern aufbereitet übermittelt werden.

Schon heute finden wir Lösungen, die zum Teil von der öffentlichen Hand, zum Teil privatwirtschaftlich oder mit Hilfe engagierter Bewohnerinnen und Bewohner initiiert und betrieben werden. Diese Mischform an Akteuren wird sich fortsetzen. Die Regionen müssen dabei viele Mitwirkende mit unterschiedlichsten Interessen steuern und

die Komplexität bei Anpassungen in voneinander abhängigen Teilbereichen bewältigen.

Einen Lösungsstrang, den wir seitens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur intensiv mit Know-How unterstützen, ist die Umwandlung von Bereichen der Daseinsvorsorge in digitale Anwendungsbereiche. Digitale Daseinsvorsorge umschreibt, dass neue Handlungsbereiche und Geschäftsmodelle durch IT-Durchdringung möglich werden und traditionelle Aufgabenfelder ablösen. Die Regionen benötigen auch für diese Entwicklungen Koordinatoren, die mit Weitsicht Informationen aufbereiten, Möglichkeiten für ihre Regionen eröffnen und Erkenntnisse für die Entwicklung neuer innovativer Ansätze beisteuern.

Zur bundesweiten Projektwerkstatt widmen wir uns deshalb in diesem Jahr den „Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge“. Damit wollen wir als Bundesministerium zum Wissenstransfer von intelligenten Anwendungen und technologischen Möglichkeiten im weiten Feld der Daseinsvorsorge beitragen. Hierzu möchte ich Sie alle herzlich einladen.

Birgit Breifuß-Renner

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur  
Leiterin der Unterabteilung Raumordnung, Lärm- und Umweltschutz, Demografischer Wandel

Ausgabe  
10/6 11/2015

- 04 Regionalstrategien Daseinsvorsorge – Bilanz, Umsetzung und Verstetigung in den Modellregionen**
- 10 Beispiele aus Modellregionen**
  - 10 Landkreis Coburg
  - 12 Oberes Elbtal/Osterzgebirge
- 14 Pilotprojekte im Aktionsprogramm – Ergebnisse, Erfahrungen, Erfolgsfaktoren**
- 24 Beispiele aus Modellregionen**
  - 24 E-Mobilität im Vogelsbergkreis – neue Wege der Mobilität
  - 26 Regionales Bildungsmanagement Merzig-Wadern (RBM) – Kommunale Dienstleistungen im Rahmen der Fachkräftesicherung
  - 28 Crivitz in Bewegung – Eine vorläufige Bilanz des Umsetzungsprojekts „Bewegung und Lebensqualität im Alter“, Westmecklenburg
  - 30 Aufbau interkommunaler Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz, Oderlandregion
- 32 Ergebnisse der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“**
- 36 Impressum**

## Was bleibt, was wird

### *Regionalstrategien Daseinsvorsorge – Bilanz, Umsetzung und Verstetigung in den Modellregionen*

*Johann Kaether  
Projektassistenz im Aktionsprogramm  
Hochschule Neubrandenburg  
daseinsvorsorge@hs-nb.de*

Ende 2013 beendeten die 21 Modellregionen ihre regionalen Prozesse mit der Erarbeitung und Verabschiedung ihrer Regionalstrategien Daseinsvorsorge. Diese letzte Ausgabe der MORO-Informationen zum Aktionsprogramm wird daher zum Anlass genommen, den aktuellen Stand der Regionalstrategien Daseinsvorsorge in den Modellregionen zu analysieren und zu schauen, was von den Aktivitäten und Ergebnissen geblieben ist. Die Verstetigung der geschaffenen Strukturen und die Umsetzung der Ergebnisse in den Modellregionen ist ein wichtiges Ziel, das mit dem Aktionsprogramm verfolgt wird.

Quellen für diese Analyse sind neben den Ergebnisberichten der Modellregionen auch aktuellere Informationen, die durch eigene Kenntnis der Situation in den Regionen, durch Gespräche mit dortigen Akteuren, durch Erkenntnisse aus den Projektwerkstätten sowie mittels einer schriftlichen Umfrage bei den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Modellregionen gewonnen wurden. An der schriftlichen Umfrage zwischen Juli und August 2015 nahmen 13 Modellregionen teil.

Wie bekannt, sind unter dem Begriff „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ sowohl der diskursive Prozess als auch dessen Ergebnis in Form eines Konzeptes mit strategischen Empfehlungen zu verstehen. Dementsprechend werden neben den Prozessstrukturen und deren Verstetigung, den Informationsgrundlagen und deren weiterer Nutzung vor allem die Regionalstrategiedokumente und die Umsetzung der enthaltenen Handlungsempfehlungen in den Blick genommen.

### **Regionalstrategie Daseinsvorsorge – die Dokumente**

Ergebnis der Regionalstrategieprozesse mit thematischen Arbeitsgruppen waren in den 21 Modellregionen Regionalstrategiedokumente, in denen die analytischen Informationsgrundlagen sowie strategische Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze zur Weiterentwicklung oder Anpassung der Daseinsvorsorgebereiche zusammengefasst sind. Das Spektrum reicht von umfangreichen Dokumenten mit gut 120 Seiten über kompaktere Strategie- und Politikpapiere von 20-50 Seiten bis hin zu knappen politischen Positionspapieren. In den Regionalstrategiedokumenten werden die Prozesse, die beteiligten Akteure sowie die Ausgangslage und die zukünftigen Entwicklungen knapp dargestellt. Für die bearbeiteten Infrastrukturbereiche werden die Herausforderungen, ausgewählte Modellrechnungen, vereinbarte Anpassungsoptionen sowie Handlungsempfehlungen beschrieben. Die Regionalstrategiedokumente liegen als gedruckte Berichte oder Broschüren vor. Viele Modellregionen machen die Dokumente zudem im Internet für die Öffentlichkeit zugänglich.

#### ***Ergänzende Dokumente***

Grundlage der Regionalstrategiedokumente sind detaillierte Datenanalysen, Modellrechnungen und qualitative Methoden. Deren Ergebnisse werden in den Regionalstrategien meist nur zusammenfassend dargestellt. In den Modellregionen liegen jedoch ausführliche Berichte ihrer jeweiligen Begleitforschungen zu den Ergebnissen der methodischen Grundbausteine kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzungen,

Erreichbarkeitsanalysen, Trend- und Alternativszenarien, zu weiteren themenspezifischen Analysen und zu den qualitativen Bedarfsanalysen vor. Nur selten werden diese Ergebnisse veröffentlicht. Sie sind in den Regionen allerdings von regionalen Fachakteuren, Verwaltungen oder Gemeinden nutzbar.

#### ***Adressaten***

Die Regionalstrategiedokumente und die ergänzenden Dokumentationen richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Dies ist zunächst die Kommunalpolitik in den Landkreisen und Gemeinden. Für diese sollen die Regionalstrategiedokumente und insbesondere die Handlungsempfehlungen als politische Leitlinien genutzt werden. Von den „übergeordneten“ Ebenen wird vor allem das jeweilige Land angesprochen. Hauptzielgruppe der Regionalstrategien sind die Kommunal- und Fachverwaltungen. Diesen sollen sie als fachliche, raumbezogene Grundlagen für ihre Planungen, Festlegungen und Maßnahmen dienen.

#### ***Verbindlichkeit***

Der Grad der Verbindlichkeit reicht von dezidierten politischen Beschlussfassungen bis hin zu eher weicher Verbindlichkeit im Sinne der Selbstverpflichtung der Projektträger und der am Prozess Beteiligten. Die verschiedenen Stufen der Verbindlichkeit der Regionalstrategiedokumente sind von den beschließenden Gremien und Institutionen abhängig.

Die weitestgehende Stufe ist die verbindliche Verabschiedung der Regionalstrategie durch politische Gremien wie Gemeindevertretungen (z. B. Mitte



Abb. 1: Übersicht über Strategie- und Handlungsoptionen; eigene Darstellung

Niedersachsen, Salzachtal), Kreistag (z. B. Lkr. Coburg, Lkr. Merzig-Wadern, Saale-Holzland-Kreis), Amtsausschuss (Peenetal/Loitz) oder Regionalversammlung (z. B. Ostwürttemberg, Altmark) mit der Selbstverpflichtung, die dort beschriebenen Handlungsempfehlungen in eigenen Zuständigkeitsbereichen umzusetzen bzw. auf die Umsetzung in anderen Bereichen aktiv hinzuwirken. Weniger verbindlich ist die Beschlussfassung durch regionale Steuerungsgremien, wie den MORO-Rat der Oderlandregion (Bürgermeister und Amtsdirektoren), den Vorstand oder den Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes (z. B. Westmecklenburg, Oberes Elbtal/Ostergelände).

In einigen Regionen ist die Beschlussfassung recht unverbindlich in dem Sinne, dass die Regionalstrategie bzw. deren Ergebnisse in den kommunalen Gremien, z. B. Stadtverordnetenversammlungen oder Kreistage bzw. deren Ausschüsse, vorgestellt und diskutiert wurden und von diesen zustimmend zur Kenntnis genommen wurden.

#### **Handlungsempfehlungen**

Die Handlungsempfehlungen in den Regionalstrategien sind von unterschiedlichem Detaillierungsgrad und unterschiedlicher Konkretheit. Vielfach haben die Formulierungen einen empfehlenden Charakter mit einem geringen Bindungsfaktor. Nur vereinzelt sind Prioritäten oder Realisierungshorizonte angegeben. In vielen Regionalstrategien werden die Handlungsempfehlungen mit konkreten Lösungsansätzen, Maßnahmen oder Projekten unteretzt.

In der Vielzahl der Lösungsansätze spiegelt sich ein breites Spektrum an Handlungsoptionen wider. Häufigste Option ist „Kooperation“, worunter neben der Zusammenarbeit von Kommunen, Institutionen oder Fachverwaltungen auch andere Formen von Verbänden und Netzwerken fallen. Weitere Optionen sind die Neustrukturierung von Infrastrukturen, die Sicherung der Erreichbarkeit von Einrichtungen bzw. von zentralen Orten, Zentralisierung und Dezentralisierung. Häufiger sind auch Qualifizierungsansätze angesprochen, bezogen auf die Weiterbildung von Beschäftigten oder Ehrenamtlichen, von professionellen und halbprofessionellen Angeboten. Etliche Handlungsansätze können der Option „Information“ zugeordnet werden, die auch Marketing, Beratung sowie den Wissenstransfer umfasst. Von besonderer Bedeutung ist die Kombination verschiedener Optionen, z. B. zentralisierter mit dezentralisierten Ansätzen oder professioneller mit ehrenamtlichen Angeboten. Auch Managementlösungen hinsichtlich der Projektbeteiligten, der Ressourcen sowie der Schnittstellen sind wichtige Faktoren für erfolgreiche Anpassungen.

#### **Verstetigung der Strukturen**

Wichtig für das Gelingen des Prozesses Regionalstrategie sind geeignete Strukturen der Prozessorganisation und -steuerung. Die Modellregionen haben im Prozess leistungsfähige Gremien sowohl auf der Steuerungs-, der operativen als auch der kooperativen Arbeitsebene eingerichtet. Nachfolgend wird analysiert, inwieweit diese verstetigt wurden.

#### **Steuerungsebene**

In einigen Modellregionen bleiben die Lenkungs- bzw. Steuerungsgruppen aus dem Regionalstrategieprozess bestehen, tagen jedoch in geringerem Rhythmus bzw. nach Bedarf (Lkr. Coburg, Vogelsbergkreis, Ostwürttemberg). Die Steuerungsgruppen haben teilweise im LEADER-Prozess (Merzig-Wadern, Saale-Holzland-Kreis, SPESARTregional) oder im ILE-Prozess (Salzachtal) eine zentrale Rolle eingenommen bzw. sollen das bei erfolgreicher Bewerbung um andere Modellvorhaben weiterhin tun. In diesem Falle sollen auch die ehemaligen thematischen Arbeitsgruppen wieder aktiviert werden.

In den Modellregionen, die als interkommunale Kooperationen organisiert sind (Oderland, Spreewalddreieck, Mitte Niedersachsen, Salzachtal, Peenetal/Loitz oder SPESARTregional), bestehen die Bürgermeisterrunden als Steuerungsgremien für alle interkommunalen Themen weiter. In der Verbandsgemeinde Daun wurde der sog. WEGE-Prozess, in den die Regionalstrategie eingeflossen ist, samt den Steuerungs- und operativen Strukturen verstetigt.

#### **Operative Ebene/Regionalkoordination**

Für die Anschlussfähigkeit der Regionalstrategie als Leitfaden des künftigen regionalen und lokalen Handelns ist die Verstetigung der bisherigen Kooperations- und Managementstrukturen, insbesondere der Regionalkoordination, von besonderer Bedeutung. Die Regionalkoordination fungierte als Motor des Prozesses, zentraler Ansprechpartner sowie Netzwerk- und Informationsknoten. Sie kann die Ergebnisse und The-

men der Regionalstrategie kommunizieren, deren Umsetzung vorantreiben und koordinieren.

In fast allen Modellregionen bleibt auch knapp zwei Jahre nach Fertigstellung zumindest eine Person bzw. Institution als Ansprechpartnerin für die Regionalstrategie bestehen. Dies sind häufig dieselben Personen wie im eigentlichen Regionalstrategieprozess, wodurch eine gewisse Kontinuität der Inhalte und der Netzwerkarbeit gewährleistet ist.

Bei der Weiterführung der Regionalkoordination bzw. der Geschäftsstellen als Prozess- und Umsetzungsmanagement lassen sich im Kreis der Modellregionen deutliche Unterschiede in der Wertigkeit und Gestaltungsfähigkeit der entsprechenden Personen erkennen. Es lassen sich drei Ansätze differenzieren, wie bzw. durch wen Aufgaben der Regionalkoordination in den Modellregionen weitergeführt werden:

- durch eine neugeschaffene oder verstetigte Stelle,
- durch eine vorhandene Person, als Zusatzaufgabe zum Alltagsgeschäft oder
- durch Übertragung auf eine andere Institution, in andere Förderprogramme (meist LEADER).

In Einzelfällen wird die bisherige Projektstelle der Regionalkoordination als dauerhafte Personalstelle verstetigt wie im Landkreis Coburg als Fachstelle Demografie im Planungsstab Landkreisentwicklung. Im Landkreis Merzig-Wadern mit der Stabsstelle „Regionale Daseinsvorsorge“ oder im Landkreis Trier-Saarburg in der Leit-

stelle Familie werden die Koordinationsstrukturen neu geordnet, personell abgesichert und mit anderen Aufgaben gebündelt.

In den meisten Regionen jedoch kehren die im MORO für die Regionalkoordination verantwortlichen Personen in ihre ursprünglichen Aufgabenbereiche zurück, bekommen aber Aufgaben wie die Koordination der Umsetzung der Regionalstrategie oder Information darüber weiterhin zugewiesen, wie im Vogelsbergkreis, in der Oderlandregion, in Ostwürttemberg, im Spreewalddreieck oder in Mitte Niedersachsen. Häufig soll diese Aufgabe dann neben dem Alltagsgeschäft mit geringerem bzw. keinem zusätzlichen (Zeit-)Budget wahrgenommen werden. Es ist sicherlich fraglich, ob angesichts solch knapper zeitlicher und personeller Ressourcen ein Umsetzungsprozess der Regionalstrategie ziel führend koordiniert werden kann.

Mancherorts werden Aufgaben der Regionalkoordination zumindest teilweise an andere Institutionen übertragen, d. h. durch entsprechende Stellen in anderen Programmen mitübernommen. So wurde in der Region Salzachtal im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung mit weiteren Gemeinden die Stelle eines Regionalmanagers neu geschaffen, der auch Aufgaben der Regionalkoordination übernimmt. In SPESARTregional wurde die Regionalstrategie in das LEADER-Konzept überführt und damit in den Aufgabenbereich des Regionalmanagements. Dieses wurde aufgestockt und es kam zu einer deutlichen Veränderung der Arbeitsschwerpunkte gegenüber der Vor-MORO-Zeit. Hier hat sich zudem das im Rahmen

der Regionalstrategie eingeführte operative Team so bewährt, dass es weitergeführt wird. Damit ist die Schnittstelle zwischen Region und Kreis sowie zu wichtigen Akteure aus den Bereichen Nahversorgung, Mobilität und Gesundheitsvorsorge/Pflege gesichert. Ähnlich verhält es sich im Saale-Holzland-Kreis.

#### **Kooperative Arbeitsebene**

In ihren Ergebnisberichten schrieben die meisten Modellregionen, dass die Arbeitsgruppenmitglieder den Wunsch und die Bereitschaft geäußert bzw. den Beschluss gefasst hätten, weiterhin zusammenzutreffen, sich auszutauschen und meist mit geringerer Intensität an den Themen und Projekten weiterzuarbeiten. Teilweise sollten die thematisch passenden Arbeitsgruppen auch als Begleitung der Pilotprojekte Phase 2 weitergeführt werden, wie z. B. in Daun oder im Oberen Elbtal/Osterzgebirge.

Die Umfrage bei den Modellregionen zeigt jedoch, dass die thematischen Arbeitsgruppen meist nur noch vereinzelt zusammenkommen. Im Landkreis Coburg jedoch tagen alle neun Arbeitsgruppen weiter. Eine neue AG Brand- und Katastrophenschutz ist geplant. Im Oderland (Brandschutz, Gesundheit) oder in Mitte Niedersachsen (Ärztliche Versorgung, Mobilität) setzen ein Teil der ursprünglichen AGs ihre Arbeit fort.

Manchmal werden die Themen aus der Regionalstrategie in gleicher oder ähnlicher Form in Anschlussprogrammen bearbeitet, wie z. B. Themen der Modellregion Salzachtal, die im Rahmen der neuen LEADER-LAG Traun-Alz-Salzach aufgegriffen werden. In SPESARTregional sowie im Saale-Holzland-Kreis

wurden Arbeitsgruppen aus der Regionalstrategie in LEADER-Arbeitsgruppen zur REK-Erstellung weitgehend überführt. Nach Anerkennung als LEADER-Region werden diese AG zur kontinuierlichen Bearbeitung von Themen und Maßnahmen fortgeführt.

Im Vogelsbergkreis werden die Themen der Regionalstrategie von den jeweils zuständigen Fachämtern des Kreises in deren Arbeitsstrukturen weiterbearbeitet, so dass viele Akteure des MORO-Netzwerkes an den Themen weiter mitwirken. Die Mitglieder der damaligen Arbeitsgruppen werden zudem über interessante Beiträge und Veranstaltungen zum jeweiligen Infrastrukturbereich informiert.

Den Modellregionen ist bewusst, dass für die Umsetzung der in den Regionalstrategiedokumenten dargelegten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen auch entsprechende Strukturen notwendig sind. Allerdings muss festgestellt werden, dass die erhoffte „robuste“ Verstetigung in den Strukturen der Landkreise, Regionsverbände oder Gemeindeverbände nur in wenigen Modellregionen, wie in den Landkreisen Coburg oder Merzig-Wadern mit der Einrichtung bzw. Weiterführung entsprechend verantwortlicher und ausreichend ausgestatteter Stellen, gelungen ist. Sehr unterschiedlich sind „Breite“ und „Tiefe“ der Aufgaben und Ressourcen, bspw. der künftigen Regionalkoordinations. Die Übertragung der Aufgaben der Regionalkoordination an bewährte lokale Träger der ländlichen Entwicklung und die Weiterführung der thematischen Arbeitsgruppen in anderen Förderprogrammen wie im

Spessart sind positive Beispiele für Kontinuität.

### **Nutzung der Ergebnisse**

Ein bedeutender Aspekt für die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Regionalstrategieprozesse ist die Implementierung der erarbeiteten Ergebnisse. Die Modellregionen bekunden in ihren Regionalstrategien den Willen, die Ergebnisse in vielfältiger Weise in der Folgezeit umzusetzen. Dabei kann die Umsetzung nicht nur allein auf der Ebene der Modellregionen, also der Landkreise, Gemeindeverbände, Regionalverbände oder Planungsverbände, erfolgen. Es sind vielmehr verschiedene Ebenen und Adressaten angesprochen. Dies sind auch Kommunen, Fachplanungen, öffentliche und private Infrastrukturträger, Länder- und Bundesresorts sowie Gesetzgeber.

Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen kann auf verschiedene Art und Weise erfolgen: zum einen als Einbindung in formelle und informelle Fachplanungen, Programme und Konzepte, zum anderen als Umsetzung über Projekte. Quasi Hand in Hand mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen geht die Nutzung der Analysen und Modellrechnungen wie kleinräumige Bevölkerungsprognosen, Erreichbarkeitsanalysen, Szenarien oder Befragungsergebnisse bei den Planungen, Konzepten und Projekten. Sie haben offenbar wesentlich zur Qualität und Ausprägungsschärfe der Konzepte beigetragen, so zumindest die Aussage aus SPES-SARTregional im Rahmen der Umfrage.

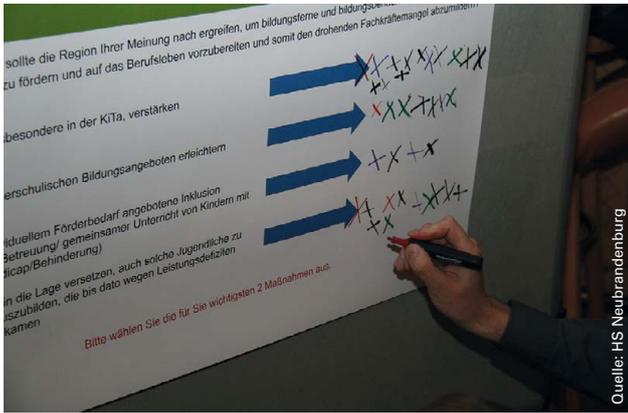
### **Formelle Planungen**

In einigen Regionen finden die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Regionalstrategie Eingang in Pläne der Regionalplanung, so in den Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans Region Trier, den Regionalplan Ostthüringen und im Kapitel Regionale Kooperation der 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge. In der Region Altmark befindet sich der 1. Entwurf des sachlichen Teilplans „Regionalstrategie Daseinsvorsorge und Entwicklung der Siedlungsstruktur“ seit Februar 2015 bereits in der öffentlichen Beteiligung.

Über die Übernahme der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen in Fachplanungen ist derzeit noch wenig bekannt. In der Umfrage werden die Pflegestrukturplanung, der Flächennutzungsplan (Ermittlung von Wohnbauflächenpotenzialen) sowie Einzelhandelskonzepte im Landkreis Trier-Saarburg, der Nahverkehrsplan für den Saale-Holzland-Kreis, das integrierte Mobilitätskonzept und die Gefahrenabwehrbedarfsplanung der Oderlandregion und die regionale Brandschutzbedarfsplanung im Raum Riesa genannt. Es werden zudem in der Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge gute Chancen gesehen, dass Ergebnisse z. B. in Nahverkehrsplänen oder Bildungsplänen unmittelbar aufgegriffen werden, da die Verantwortlichen Mitglieder der jeweiligen Arbeitsgruppen im Regionalstrategieprozess waren.

### **Konzepte**

Der wohl am weitesten verbreitete Ansatz ist die Nutzung der Ergebnisse aus den Regionalstrategien Daseinsvor-



Quelle: HS Neubrandenburg



Quelle: HS Neubrandenburg

sorge als konzeptionelle Grundlage im Rahmen von EU- oder Bund-Länder-Förderprogrammen insbesondere zur Entwicklung des ländlichen Raumes wie ELER oder GAK, d. h. für LEADER-Konzepte bzw. Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK). Zudem wurden die Analysen und Modellrechnungen bei der Erarbeitung dieser Konzepte genutzt. Mit den Konzepten ist die Möglichkeit verbunden, Handlungsempfehlungen durch entsprechende Projekte in der LEADER-Förderperiode 2014-2020 umzusetzen. So wurden im Landkreis Coburg konkrete Umsetzungsprojekte, die aus den Handlungsempfehlungen ableitbar waren, in das LEADER-Konzept aufgenommen. In alle drei LEADER-Konzepte, an denen der Landkreis Trier-Saarburg beteiligt ist, sind die strategischen Ziele und Maßnahmenempfehlungen aus der Regionalstrategie in die entsprechenden Handlungsfelder eingeflossen. Ähnlich ist es bei den LEADER-Konzepten des Vogelsbergkreises (Regionales Entwicklungskonzept „Vulkan aktiv“), des Saale-Holzland-Kreises, des Landkreises Merzig-Wadern oder von SPESART-regional. In letzterer werden z. B. die Grundlagendaten aus dem Themenbereich Nahversorgung zur Beurteilung der Standorte von Nahversorgungseinrichtungen herangezogen, u. a. um die Förderwürdigkeit von Vorhaben zu ermitteln. Auch in den Planungsregionen Oberes Elbtal/Osterrzgebirge und Ostwürttemberg wurden Daten, Themen und Ergebnisse in die dortigen LEADER-Konzepte übernommen und für die jeweiligen Teilräume adaptiert.

Die Gemeinden der interkommunalen Kooperation Salzachtal Tittmoning, Fri-

dolting, Taching und Kirchanschöring haben sich mit drei weiteren Gemeinden zur interkommunalen Allianz „Waginger See - Rupertwinkel“ zusammengeschlossen und ein gemeinsames ILEK erarbeitet. In diesem finden sich viele Ziele der Regionalstrategie Salzachtal wieder. Ähnlich verhält es sich mit dem ILEK der Region Mitte Niedersachsen. In der Oderlandregion werden die Daten sowie Ziele und Handlungsempfehlungen in interkommunale Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepte wie Stadt-Umland-Wettbewerb Brandenburg, Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit oder das INSEK Seelow übernommen.

Merzig-Wadern nutzt z. B. das Modellprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ für die Umsetzung der entsprechenden Ziele aus der Regionalstrategie. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus der Regionalstrategie Oberes Elbtal/Osterrzgebirge fanden Eingang in den Abschlussbericht der am Sächsischen Staatsministerium des Innern angesiedelten Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“. Ergebnisse der jeweiligen Regionalstrategien flossen in das seniorenpolitische Gesamtkonzept des Landkreises Coburg und das Demografieleitbild Wirtschaft und Arbeit des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterrzgebirge ein.

**Projekte**

Für die Umsetzung eigens ausgewählter Sachverhalte aus ihren Regionalstrategien im Rahmen von sog. Pilotprojekten erhalten die Modellregionen Zuwendungen vom BMVI und manchen Ländern (siehe Beitrag in diesem Heft, S. 14 ff.) Die Pilotprojekte decken na-

turgemäß nur einen kleinen Teil der Handlungsempfehlungen ab. In den Modellregionen werden daher weitere Projekte durchgeführt, mit denen Handlungsempfehlungen in verschiedenen Themenbereichen umgesetzt werden. Diese Projekte werden von verschiedenen Trägern durchgeführt. Neben den Landkreisen sind das vor allem Gemeinden, aber auch andere wie das Ärztenetz Spessart. Die Projekte werden häufig aus Förderprogrammen des Bundes oder der Länder unterstützt. Es werden jedoch auch andere externe Quellen und eigene Finanzmittel genutzt. Im Landkreis Trier-Saarburg werden z. B. Ziele aus dem Bereich „Lebendige Dörfer“ über zahlreiche Einzelprojekte umgesetzt, die über die kreiseigene Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ gefördert werden. Weitere Projekte sind hier Nahversorgungskonzepte oder Standortplanungen für die Grundversorgung. Der Landkreis Coburg nutzt eigene Mittel, um ein Stipendiatenprogramm für Humanmedizinstudierende aufzulegen und einen jährlichen Wettbewerb „Jugend bewegt“ durchzuführen.

Viele Projekte in den Modellregionen beziehen sich auf soziale Infrastrukturen, hier häufig in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Leben im Alter, Mobilität und Nahversorgung. Finanziert durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration werden bspw. im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis (SPESART-regional) regionale Gesundheitsnetzwerke aufgebaut. Der Vogelsbergkreis plant eine Netzwerkkonferenz zum Thema Gesundheit und Pflege. Die Kommunen des Regionalmanagements Mitte Niedersachsen und alle übrigen



Kommunen des Landkreises Diepholz führen die Ärztekampagne „Ärztlich Willkommen“ durch. Finanziert wird diese durch die Kassenärztliche Vereinigung und die Kommunen. In Ostwürttemberg tagt die regionale Ärztekoope-ration. In SPESARTregional werden zur Unterstützung von Ärzten VeraHs (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis) im Rahmen von LEADER qualifiziert. In Daun wird das Projekt „Sicherung der ärztlichen Versorgung durch Übertragung ärztlicher Leistungen auf Pflegekräfte“ durchgeführt, gefördert durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz im Rahmen der Förderprogramms „Gesundheit und Pflege 2020“.

Gillenfeld, eine Ortsgemeinde in der VG Daun, errichtet mit Mitteln des GKV-Spitzenverbands und des Generali-Zukunftsfonds den Florinshof als gemeinschaftliche Wohnform im Rahmen des Projektes „Entwicklung einer sorgenden Gemeinschaft“. Die Gemeinde Kirchanschöring baut gefördert über „Leben und Wirtschaften in Kirchanschöring – Gemeindeentwicklungskonzept“ ein „Haus der Begegnung“ mit Seniorenwohngruppe. In der Nachbargemeinde Tittmoning wird der Familienstützpunkt für die Region eingerichtet. Zudem wurde im Salzachtal mit Mitteln des Freistaates Bayern, des Landkreises Traunstein und der beteiligten Kommunen der VarioBus eingerichtet, ein „RufBus“ über alle vier Kommunen. In Ostwürttemberg werden die lokalen Fahrdienstinitiativen weiter begleitet und vernetzt. Die Region nutzt die Daten aus der Regionalstrategie zur Beratung der Kommunen und Initiativen im

Bereich Nahversorgung. Mehrere kleine Lebensmittelmärkte unterschiedlicher Organisationsform sind im Entstehen. Im Spessart hat sich die IHK des Themas Nahversorgung angenommen und veranstaltet entsprechende Workshops. Dort spielt auch das Thema Leerstandsmanagement eine wichtige Rolle. Zu diesem Thema stellen drei Kommunen einen Antrag beim Hessischen Programm Interkommunale Zusammenarbeit. Es gibt hier zudem eine interessante „Verwertung“ der Datengrundlagen in dem Sinne, dass sich bei manchen Kommunen Aussagen zur demografischen Entwicklung in den Haushaltsplänen finden.

Einige Regionen machen sich konkrete Gedanken um die Fortschreibung der Analysen. So wird in Ostwürttemberg aktuell ein eigenes Modell entwickelt, um selbstständig Analysen machen zu können. In SPESARTregional ist eine Fortschreibung der regionalen Daten als Startprojekt bei LEADER geplant.

#### Fazit

Für den Erfolg von kooperativen regionalen Strategieprozessen wie der Regionalstrategie Daseinsvorsorge sind Koordination und Management von entscheidender Bedeutung, dies nicht nur während des Prozesses der Regionalstrategie, sondern auch darüber hinaus in der Phase der Implementierung der Ergebnisse und der Fortführung der Prozesse. Ein solches Management erfordert neben fachlichen Kompetenzen v. a. personelle und finanzielle Ressourcen. Hier bestehen jedoch auf der Ebene der Regionen Restriktionen. Einerseits sind die finanziellen Mittel der Kom-

munen durch die Regel- und Pflichtaufgaben gefesselt. Andererseits herrscht an zentralen Stellen der Koordination Fluktuation und eine fehlende personelle Kontinuität in der (Fach-)Verwaltung. Wenige Modellregionen haben in diesem Zusammenhang weiterführende Lösungen gefunden, die einen tragfähigen Eindruck machen.

Dennoch zeigt sich nach jetzigem Kenntnisstand, dass es in den meisten Modellregionen des Aktionsprogramms neben den Pilotprojekten vielfältige Aktivitäten zur Umsetzung der in den Regionalstrategien festgehaltenen strategischen Handlungsempfehlungen sowie der Nutzung der erarbeiteten Datengrundlagen gibt. Die größte Bedeutung haben dabei Konzepte im Zusammenhang mit (investiven) Förderprogrammen der ländlichen Entwicklung wie LEADER-Konzepte oder Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte sowie Projekte, die aus Förder- oder Modellprogrammen der Länder unterstützt werden. Insofern ist davon auszugehen, dass auch mittelfristig einige der erarbeiteten Handlungsempfehlungen konkret in den Regionen umgesetzt werden.

# Landkreis Coburg

**Mithilfe von MORO gemeinsam nachhaltigen Entwicklungsprozess angestoßen**

Nadine Wuttke  
 Fachstelle Demografie  
 Nadine.Wuttke@Landkreis-Coburg.de

## Erarbeitung der Regionalstrategie

Ein einstimmiger Kreistagsbeschluss war Grundlage für die Bewerbung des Landkreises Coburg um das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“. Dies macht deutlich, dass das Thema Sicherung der Daseinsvorsorge in Zeiten des demografischen Wandels bereits 2011 ganz oben auf der politischen Agenda des Landkreises angesiedelt war. In dem sich dann anschließenden Prozess der Strategieentwicklung waren alle Städte und Gemeinden des Kreises intensiv eingebunden. Die Runde der 17 Bürgermeister bildete, gemeinsam mit dem Landrat, die zentrale Steuerungsinanz für den Gesamttablauf. In diesem Gremium wurden acht Themenfelder festgelegt, in denen aus kommunalpolitischer Sicht die größten Handlungsnotwendigkeiten gesehen wurden.

Im Prozessverlauf sind noch zwei weitere Themenfelder – die Jugendarbeit und die präventive Gesundheitsförderung – hinzugekommen. Als Handlungsfeld hatte der Bereich Kinder- und Jugendarbeit zunächst keine Priorität, da dieser im Landkreis bereits über sehr

gute Strukturen verfügt: In 16 der insgesamt 17 kreisangehörigen Kommunen ist eine hauptamtliche pädagogische Fachkraft als Gemeindejugendpfleger/in angestellt. Da die demografische Entwicklung jedoch ebenso erhebliche Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit hat, ist der Landkreis der Bitte nachgekommen, auch Jugendliche in die Entwicklung der Regionalstrategie zu integrieren. Im Rahmen der Bearbeitung wurde jedoch deutlich, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels die Aufgaben der Gemeindejugendpflege teilweise bereits verändert haben. Die gemeindliche Jugendpflege hat immer mehr Aufgaben, die über das Tätigkeitsfeld der Jugendarbeit hinausgehen. Diese Entwicklung führte konsequenterweise dazu, die Themenstellung des Arbeitskreises „Jugend“ zu erweitern und sich umzubenennen in den Arbeitskreis „Soziale Gemeinde“.

Die Regionalstrategieentwicklung war geprägt von Zustandsbeschreibungen und Datenerhebungen, damit auf Basis eindeutiger Fakten klar wird, wo die einzelnen Kommunen in den genannten Handlungsfeldern stehen.

Gemeinsam mit den Kooperationspartnern, dem Regionalmanagement Coburger Land und der Initiative Rodachtal, war es zudem möglich, in die Planungsüberlegungen auch die Verflechtungen mit der Stadt Coburg und den Nachbarregionen mit einzubeziehen.

Das Kernstück des gesamten Prozesses bildeten elf Arbeitskreise mit über 140 engagierten Akteuren aus Institutionen, Vereinen, Sozialverbänden, aus der Verwaltung und der Politik, die ihre Fachkompetenz in die Arbeitskreise einfließen ließen. Die Leitung der Arbeitskreise erfolgte im Zusammenspiel aus Fachplanung/Verwaltung und Bürgermeister/Politik. Damit war im Prozess ein enges Miteinander von Politik und Verwaltung gegeben, das sich durch engen Austausch auszeichnete.

Neben der Erarbeitung von Strategien und Handlungsempfehlungen wurden bereits während des Prozesses erste Umsetzungsprojekte angestoßen, die sich aus der inhaltlichen Arbeit der Arbeitskreise ableiten ließen: z. B. der „Rollende Tante-Emma-Laden“, der in Neustadt bei Coburg und Sonnefeld unterwegs ist, Busse auf Zuruf, die auf mehreren Linien bereits ausprobiert werden konnten oder auch ein Hol- und Bringdienst, der Patientinnen und Patienten zur Bereitschaftsdienstpraxis am Klinikum Coburg und nach der Behandlung wieder nach Hause fährt.

Den Abschluss des Strategieprozesses bildete die Umsetzung eines Pilotprojektes, wofür das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und das Bayerische Staatsmi-

HANDLUNGSFELDER	
Ärztliche Versorgung	Gesundheitsförderung
Nahversorgung	Energieversorgung
Brand- und Katastrophenschutz	Siedlungs- und Flächenmanagement
Schulen und Bildung	Mobilität
Senioren (3 Unterarbeitskreise)	Soziale Gemeinde (Jugend)
» Wohnen und Wohnumfeld	
» Pflege und Betreuung	
» Freizeit, Kultur, Bildung und Begegnung	

Abb. 2: Handlungsfelder im Landkreis Coburg; Quelle: Landkreis Coburg



nisterium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (BayStMdf) zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt haben. Damit war es möglich, in der Region modellhaft eine neue Wohnform für Seniorinnen und Senioren erproben zu können, bei der ältere Menschen in Familien der Region leben.

**Die Herausforderungen sind erkannt, die Zielrichtung ist definiert, die Umsetzung läuft.**

Schon bei der inhaltlichen Vorbereitung des Modellvorhabens waren sich alle Beteiligten einig, dass ein zweijähriger Prozess nicht ausreicht, um den Megatrend demografischer Wandel sowohl umfassend als auch abschließend bearbeiten zu können. Es ist vielmehr eine langfristige Daueraufgabe.

Das große Ziel des Landkreises war es, in jedem Handlungsfeld wenigstens einen Schritt voranzukommen. Das wurde geschafft. In vielen sind es auch mehrere geworden. So standen am Ende des Prozesses über 50 Handlungsempfehlungen, die sowohl von den jeweiligen Fachausschüssen als auch abschließend vom Kreistag am 19.12.2013 ohne Ausnahme beschlossen wurden. Um die angestoßenen Entwicklungen nicht mit Auslaufen des Modellvorhabens enden zu lassen, beschloss die Politik des Landkreises Coburg, die Geschäftsstelle, die im Rahmen dieses Modellvorhabens geschaffen wurde, unbefristet weiterzuführen. Die neue Fachstelle für Demografie ist angegliedert an den Planungsstab Landkreisentwicklung im Bereich Soziales, Bildung und Kultur. Mit der Fortsetzung der Stelle wird gewährleistet, dass die Handlungsemp-

fehlungen Schritt für Schritt umgesetzt und mittelfristig auch weitere Themen bearbeitet werden können. Die Teilnehmer der Arbeitskreise haben ebenfalls beschlossen, sich weiter zu treffen – vielleicht nicht mehr in der Termindichte wie in Zeiten des Strategieprozesses, aber doch stetig. Einzig im Handlungsfeld Energieversorgung gibt es keinen Arbeitskreis. Hier finden Treffen im Rahmen der Bürgerenergiegenossenschaft: „Energiegenossenschaft Coburger Land eG (i.G.)“ statt, die als Folge des Strategieprozesses im April 2015 gegründet wurde.

Die erarbeiteten Datengrundlagen konnten auch für weitere Konzepte genutzt werden und flossen u.a. in die Erarbeitung der lokalen Entwicklungsstrategie Coburger Land 2014 (LEADER-Konzept) sowie in das senienpolitische Gesamtkonzept ein. Zudem stellten sie die Grundlage für weitere Fördermittelanträge dar.

In der Nach-MORO-Zeit konnten bereits in vielen Handlungsfeldern Handlungsempfehlungen umgesetzt werden. Beispielsweise im Bereich Schulen und Bildung eröffnet zum Schuljahr 2015/2016 das erste Bildungshaus in Weidhausen – eine Institution, in der Kinderkrippe, Kindergarten, Grundschule und Nachmittagsbetreuung unter einem Dach Hand in Hand betreuen, erziehen und Bildung vermitteln. Ebenfalls hat sich der Landkreis erfolgreich beim Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege um das Modellprojekt zur Ausweitung und zeitlichen Vorverlegung der Schuleingangsuntersuchungen beworben. Ziel dieses Projektes ist, dass alle Kinder, bei denen

ein Entwicklungsrückstand festgestellt wurde, rechtzeitig die Chance auf eine Förderung oder Therapie erhalten können, so dass eventuelle Defizite bis zum Schuleintritt möglichst behoben sind. Im Handlungsfeld ärztliche Versorgung wurde ein Stipendienprogramm für den medizinischen Hausarztzunachwuchs ins Leben gerufen. Seit 2014 können sich Studierende beim Landkreis bewerben. Sie erhalten während des Studiums Unterstützung und können sich frei von finanziellen Sorgen voll auf ihr Studium konzentrieren. Im Anschluss verpflichten sich die Stipendiaten für einen bestimmten Zeitraum, hausärztlich in der Region tätig zu werden und sichern damit die ärztliche Versorgung vor Ort. Um vor allem Handlungsempfehlungen im Themenfeld Senioren und ehrenamtliches Engagement umzusetzen, wurde eine Koordinierungsstelle bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Gefördert wird dies vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration (BayStMAS). Dies sind nur einige Beispiele für die konkrete Umsetzung der Handlungsempfehlungen.

**Fazit**

Es bleibt festzuhalten, dass bereits 1,5 Jahre nach Auslaufen des Modellvorhabens vieles angestoßen wurde. Aber es bleibt auch noch einiges zu tun. Der Landkreis wird den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen, ganz im Sinne unseres Mottos „Mehr als Zukunft. Gemeinsam gestalten.“

# Oberes Elbtal/ Osterzgebirge

**Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge als Orientierung**

Michael Holzweißig  
 Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge  
 Michael.Holzweissig@rpv-oeoe.de

Der Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge hat zusammen mit über 50 Akteuren im Rahmen des Aktionsprogramms eine Regionalstrategie Daseinsvorsorge aufgestellt, die für zukünftige Planungen, Konzepte und Maßnahmen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge eine Orientierung darstellen soll. Da der Planungsverband selbst nicht Träger von Aufgaben der Daseinsvorsorge darstellt, stellt sich die Frage, wie insbesondere Landkreise und Kommunen die Empfehlungen der Regionalstrategie aufnehmen, sie sich zu eigen machen und umsetzen. Auch die LEADER-Regionen stellen wichtige Adressaten dar, um Maßnahmen im ländlichen Raum auf den Weg zu bringen und zu unterstützen. Dieser Prozess findet gegenwärtig statt und wird durch den Planungsverband kritisch begleitet.

**Landkreise sind Projektträger der Pilotprojekte**

Es stellt einen Erfolg des Aktionsprogramms dar, dass die beiden Landkreise der Planungsregion die Trägerschaft von zwei Pilotprojekten in Eigenregie übernommen haben:

Obwohl beide Projekte vom BMVI im Rahmen MORO und vom Freistaat Sachsen finanziell unterstützt werden, beteiligen sich die Landkreise mit eigenen finanziellen Mitteln, was auf ein hohes Projektbewusstsein schließen lässt. Selbst nun in die Verantwortung versetzt, bedeutete es in der Start- und Sensibilisierungsphase, Erkenntnisse des MORO nicht blind zu übernehmen, sondern sie kritisch zu überprüfen und teilweise noch einmal mit eigenen Ansätzen nachzuvollziehen. Der Planungsverband ist in der Projektgruppe von „Mobil auf der Höhe“ vertreten, hält den Kontakt zu den Projektträgern aufrecht und „wacht“ über die Passfähigkeit zur Gesamtstrategie.

**Kommunen bilden Kooperationsräume**

Bedingt durch die Größe der Modellregion (rd. 1 Million Einwohner, 3434 km<sup>2</sup> Fläche) einerseits und die relative Unverbindlichkeit der Regionalstrategie andererseits, stellt es eine Herausforderung dar, das Interesse aller 66 Kommunen bei der Umsetzung der Regionalstrategie zu gewinnen. Durch die beiden

Pilotprojekte sind neun Kommunen direkt mit einbezogen. Darüber hinaus konnten interkommunale Projekte initiiert werden (siehe Abb. 4).

Eine stärkere Beteiligung der Kommunen wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die o. g. Projekte erfolgreich durchzuführen und die daraus gewonnenen Erfahrungen in weiteren Kooperationsräumen nutzbar zu machen.

Im Zuge des Pilotprojektes KARMANT haben bereits Veranstaltungen in weiteren sog. Planungsräumen des Landkreises stattgefunden, die auf eine gute Resonanz bei den Kommunen stießen. Die dem Projekt zugrunde liegende Methodik – dem „Kümmerer“ auf Gemeindeebene, Koordinations- und Informationsangebote auf Landkreisebene an die Seite zu stellen – hat sich als Erfolgsrezept herausgestellt, um Kommunen für neue Formen der Daseinsvorsorge zu gewinnen.

Landkreis	Pilotprojekt	Handlungsfeld Regionalstrategie
<b>Landkreis Meißen</b> (Planungsraum „Coswig – Radebeul – Moritzburg – Radeburg“ + Ebersbach)	KARMANT - Koordiniertes Quartiermanagement im ländlichen Raum	Perspektiven für ältere Menschen
<b>Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge</b> (Lupenregion „Altenberg – Hermsdorf/E. – Hartmannsdorf-Reichenau – Klingenberg“)	Mobil auf der Höhe (ehemals Gemeindeflitzer) – nachhaltige und flexible Mobilität im Osterzgebirge	Erreichbarkeit / Mobilität

Abb. 3: Pilotprojekte in Eigenregie der Landkreise; Quelle: Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge

Kooperationsraum	Projekt	Handlungsfeld Regionalstrategie
<b>Riesa – Strehla – Hirschstein – Stauchitz (Landkreis Meißen)</b>	Regionale Brandschutzbedarfsplanung im Raum Riesa	Brandschutz
<b>Altenberg – Hermsdorf/E. – Hartmannsdorf-Reichenau</b>	Interkommunales Unterstützungsprojekt zur Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts an der Grundschule in Hermsdorf/E.	Bildung

Abb. 4: Interkommunale Projektinitiativen; Quelle: Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge



Bild links: Regionalstrategie Daseinsvorsorge ([www.rpv-elbtalosterz.de/index.php?id=regionalstrategie](http://www.rpv-elbtalosterz.de/index.php?id=regionalstrategie)); Bild rechts: Querschnittsworkshop am 11.11.2014 in Radebeul – Frau Schenker als Gastreferentin aus der Modellregion Spreewalddreieck berichtet von ihren Erfahrungen; Quelle: Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Ostertzegebirge

### LEADER-Entwicklungsstrategien 2014-2020 mit Maßnahmen und Förderinhalten zur Daseinsvorsorge

Auf Grundlage des sächsischen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum haben die LEADER-Aktionsgruppen ihre Entwicklungsstrategien für die neue Förderperiode aufgestellt. In Bezug auf die Daseinsvorsorge haben die in der Modellregion vertretenen Aktionsgruppen dabei verstärkt auf die Ergebnisse vom MORO und auf die Empfehlungen der Regionalstrategie zurückgegriffen.

Beispiele
<b>Aktionsplan der LEADER-Entwicklungsstrategie der Region Silbernes Erzgebirge</b> Maßnahme B.1.2: Qualitative Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots sowie Initiierung und Etablierung von alternativen Mobilitätsformen/-angeboten in Ergänzung zu diesem
<b>Aktionsplan der LEADER-Entwicklungsstrategie der Region Sächsische Schweiz</b> LEADER-Fördergegenstand D.1.2.2: Multifunktionale Nutzung von Gebäuden für die Dorfgemeinschaft (Dorfgemeinschaftshaus, kirchliche Gebäude etc.)

Abb. 5: Beispiele der LEADER-Aktionspläne; Quelle: Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Ostertzegebirge

Der Startschuss für die neue Förderperiode wurde gegeben. Es bleibt spannend, wie die neuen Möglichkeiten durch die Akteure aufgegriffen und umgesetzt werden.

### Fortschreibung des Regionalplanes schafft Rahmen für weitere Initiativen

Der Regionalplan befindet sich gegenwärtig in der 2. Gesamtfortschreibung.

Das Kapitel „Regionale Kooperation“ wurde völlig neu in den Vorentwurf aufgenommen, um u. a. auf die Herausforderungen des demografischen Wandels auch mit informellen Instrumenten besser und gezielt reagieren zu können. Die verallgemeinerten Aussagen des MORO bilden dabei den Rahmen für weitere Initiativen. Diese sollen

- Informationen zum demografischen Wandel vermitteln,
- Siedlungs- und Versorgungskerne der Zentralen Orte stärken,
- ehrenamtliche Strukturen stärken und unterstützen sowie
- die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen und neue Handlungsfelder der interkommunalen Zusammenarbeit erschließen.

Für Räume mit hoher Betroffenheit durch den demografischen Wandel sollen darüber hinaus innovative Möglichkeiten zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge (z. B. Schaffung multifunktionaler Versorgungstützpunkte) erschlossen werden. In einem ersten Beteiligungsverfahren wird nun die Möglichkeit eröffnet, die Vorschläge des Vorentwurfs kritisch zu reflektieren und an der Erarbeitung des eigentlichen Entwurfs mitzuarbeiten. Hierbei können sich auch interessierte Bürger mit einbringen.

### Verstetigung des Gesamtprozesses

Die Umsetzung der Regionalstrategie vollzieht sich gegenwärtig sehr projektbezogen. Einige Mitglieder der ehemals vier Arbeitsgruppen von MORO sind nun selbst Projektträger oder arbeiten

in projektbegleitenden Steuerungsgruppen mit. Auf den Beibehalt der Arbeitsgruppenstruktur von MORO wurde daher verzichtet. Die im Rahmen von MORO gebildete Projektgruppe, in der u. a. die Arbeitsgruppensprecher, die Vertreter der Landkreise und der Stadt Dresden sowie das Sächsische Staatsministerium des Innern vertreten sind, führt zur Koordination des Umsetzungsprozesses ihre Tätigkeit jedoch weiter fort. Auch die im Rahmen von MORO durchgeführten Querschnittsworkshops, die wesentlich zur Vernetzung der Akteure innerhalb der Modellregion und mit anderen Regionen beigetragen haben, werden weitergeführt (s. Bild). So ist vorgesehen, nach Umsetzung der Pilotprojekte (Ende 2015) wieder einen Querschnittsworkshop durchzuführen, um Projektergebnisse und neu gewonnenen Erkenntnisse zu präsentieren und zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund ist dann auch die Regionalstrategie einer kritischen Prüfung zu unterziehen und bestehender Fortschreibungsbedarf zu ermitteln.

Projektseite: [www.rpv-elbtalosterz.de/index.php?id=moro\\_redavor](http://www.rpv-elbtalosterz.de/index.php?id=moro_redavor)

Projektträger:



Verbandsgeschäftsstelle  
 Meißner Str. 151a  
 01445 Radebeul  
 Tel.: 0351-40404-701  
 E-Mail: [post@rpv-oeoe.de](mailto:post@rpv-oeoe.de)

## Von der Strategie zum Handeln vor Ort

### *Pilotprojekte im Aktionsprogramm – Ergebnisse, Erfahrungen, Erfolgsfaktoren*

*Anja Neubauer und Peter Dehne  
Projektassistenz im Aktionsprogramm  
Hochschule Neubrandenburg  
daseinsvorsorge@hs-nb.de*

Die Pilotprojekte der zweiten Umsetzungsphase des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge stehen kurz vor ihrem Abschluss: Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und Ergebnisse, Erfahrungen, Erfolgsfaktoren, aber auch Hemmnisse der Projektumsetzungen sowohl der ersten als auch der zweiten Projektphase aufzuzeigen.

#### **Pilotprojekte der ersten Phase**

Die Pilotprojekte der ersten Phase wurden Ende 2012, Anfang 2013 vor Ort entwickelt und jeweils mit bis zu 30.000 Euro unterstützt. Ziel war es, die Regionalstrategien weiter in die Region hineinzutragen, ihre Bekanntheit und Akzeptanz zu erhöhen, zum Mitmachen zu motivieren und die bereits Beteiligten zu stärken, am Ball zu bleiben.

Sowohl konzeptionelle als auch operative Maßnahmen waren förderfähig. Es stand den Regionen frei, konkrete Projekte zur Umsetzung ihrer Regionalstrategien oder regionsinterne Ideenwettbewerbe zur Projektauswahl und -förderung zu beantragen. Wichtig waren der Bezug zur Regionalstrategie, die Beteiligung der Bürger, der Innovationsgehalt und die Vernetzung, zudem die Realisierungschance, die Nachhaltigkeit und die Forschungsrelevanz der Projekte. Sie dauerten im Durchschnitt 17 Monaten.

#### **Themenschwerpunkte**

Die Pilotprojekte spiegeln die Vielfalt der Infrastrukturbereiche und Themen wider, die in den Regionalstrategien der Modellregionen bearbeitet wurden. So spielten die Aspekte Wohnen, Lebensqualität und Begleitung im Alter in fünf

Modellregionen eine Rolle. Im Oberen Elbtal/Osterzgebirge und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wurden dazu regionsinterne Wettbewerbe durchgeführt, im Salzachtal ein gemeindeübergreifender Generationenvertrag geschlossen.

Auch die Zielgruppe der Jugendlichen wurde in drei Modellregionen mit den Pilotprojekten angesprochen. Durch Befragungen, eine Jugendkonferenz in Ostwürttemberg und eine Zukunftswerkstatt im Vogelsbergkreis sollten Kinder und Jugendliche sowie deren Bedarfe stärker in den MORO-Prozess einbezogen und für eine zukunftsfähige Jugendarbeit genutzt werden.

In vier Modellregionen hatten die Projekte eine Verbesserung der regionalen Mobilitätsangebote zum Ziel. Vorhandene öffentliche Mobilitätsangebote sollten umstrukturiert oder durch innovative, alternative Mobilitätsangebote ergänzt werden, so im Spreewalddreieck und Saale-Holzland-Kreis. Teilweise wurden dafür vorhandene öffentliche oder halböffentliche Fahrzeugkapazitäten sowie bestehende Fahrten verschiedener Akteure im Raum berücksichtigt, bspw. beim Mitfahrssystem „Mitholer“ im Landkreis Trier-Saarburg. Hierfür wurden die konzeptionellen Grundlagen geschaffen und teilweise Maßnahmen erprobt.

Weitere Pilotprojekte verorten sich in den Bereichen Sport (Westmecklenburg), ärztliche Versorgung (Landkreis Coburg), soziale Treffpunkte (Nordeifel), Nahversorgung (Landkreis Coburg), nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Oderlandregion) und Leerstandsmanagement (Nordeifel). Einige Regionen,

wie die Altmark und das Amt Peenetal/Loitz, hatten sich hingegen inhaltlich nicht fokussiert, sondern deckten in Form von Wettbewerben, Beteiligungsformaten oder Öffentlichkeitsarbeit die gesamte Bandbreite ihrer im Rahmen der Regionalstrategie bearbeiteten Daseinsvorsorgebereiche ab.

#### **Charakter der Projekte**

Ähnlich vielfältig war der Charakter der Projekte. Die Bandbreite reichte von Wettbewerben über Konzepte, Machbarkeitsstudien und Bedarfsanalysen bis hin zu Schulungen, begleitender Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung, Veranstaltungen, Webplattformen, Beratungs- und innovativen Beteiligungsformaten.

Sieben Regionen nutzten die Förderung für regionsinterne Ideenwettbewerbe. Mit ihnen sollten lokale Projektideen unterstützt werden, dadurch die Mitwirkungsbereitschaft der Akteure vor Ort gestärkt und gute Ideen für die Anpassung der Daseinsvorsorgeeinrichtungen gesammelt werden. Zwei Wettbewerbe fokussierten auf die Thematik Wohnen bzw. Lebensqualität im Alter, ein weiterer auf das Engagement von ehrenamtlichen Initiativen, insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In vier Modellregionen wurden alle thematischen Bereiche der jeweiligen Regionalstrategie abgedeckt.

In sieben anderen Regionen wurden Konzepte und Machbarkeitsstudien erstellt. Vier hatten die Weiterentwicklung der öffentlichen Mobilitätsangebote und die Erschließung neuer Zielgruppen zum Thema. Weitere Konzepte widmeten sich z. B. der mobilen

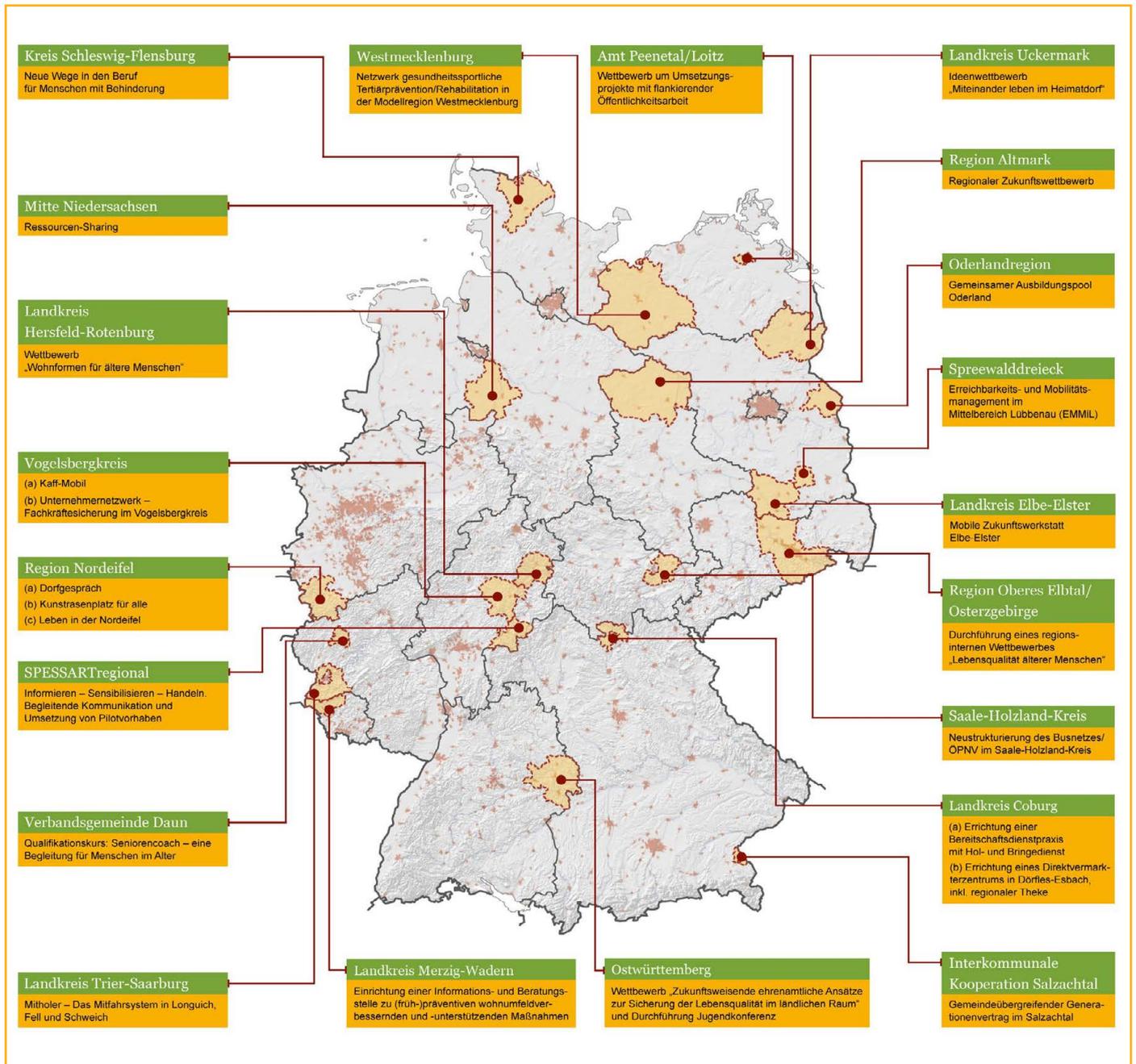
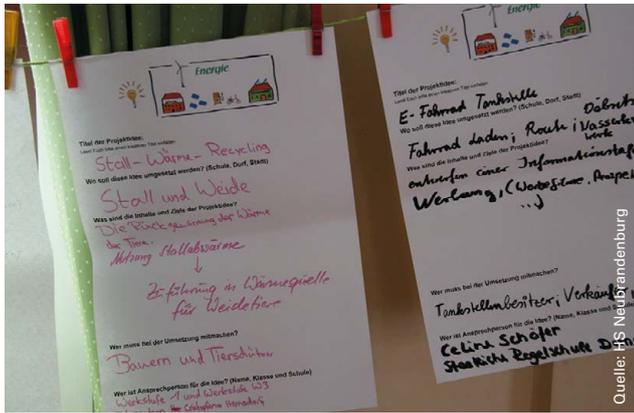


Abb. 6: Pilotprojekte der ersten Phase; eigene Darstellung



Jugendarbeit, einem Logistik- und Vertriebszentrum für Dorfläden und den Präventionspotenzialen des Gesundheitssports. Einige Regionen beabsichtigten, mit Befragungen und Interviews die Bedarfe der Zielgruppen Senioren, Jugendliche oder Menschen mit Behinderung zu ermitteln und diese in die Erarbeitung der Regionalstrategie bzw. begleitender Maßnahmen einfließen zu lassen.

Weitere Themen waren der Aufbau eines Fachkräftenetzwerks medizinische Versorgung und Gesundheitssport, ein webbasiertes Dorfnetzwerk, die Sicherung der ärztlichen Versorgung in Randzeiten sowie Informations- und Beratungsangebote zu den Themen Innenentwicklung oder präventive, wohnumfeldverbessernde Maßnahmen für Ältere.

**Produkte und Wirkungen**

Mit den Konzepten, Businessplänen und Machbarkeitsstudien liegen weiterführende Analysen vor, die die Arbeit in den Modellregionen auf ein neues Niveau hoben, aber auch hilfreich für andere Regionen sein können. Zu konkreten Hilfsmitteln als praxisnahe Orientierung und Muster zählen Gesprächsleitfäden für die Befragung von Jugendlichen oder auch Profildbögen für die Seniorencoaches. In Westmecklenburg wurden bspw. Fragebögen und weitere Unterlagen zur standardisierten Erhebung im Bereich Qualitätsmanagement im Rehabilitationssport entwickelt. Die erarbeitete Datenbasis hat bundesweiten Vorbildcharakter.

Vor allem durch die Wettbewerbe und Kleinprojekte gelang es, einen niedrig-

schwelligem Zugang zu den abstrakten und komplexen Themen der Regionalstrategie zu finden und Engagement für Daseinsvorsorge und Lebensqualität vor Ort zu fördern. Selbstorganisationsprozesse in den Dörfern wurden ermöglicht und damit auch der örtliche Zusammenhalt gestärkt. Dem Wunsch, das lokale Ehrenamt mittels Coaching und Qualifizierungen zu unterstützen, konnte in verschiedenen Bereichen zielgruppenspezifisch entsprochen werden. Die Mitwirkung und Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und Senioren konnten durch Vor-Ort-Angebote und die Verbesserung der Erreichbarkeit von Angeboten für diese weniger mobilen Zielgruppen gesteigert werden.

**Erfolgsfaktoren**

Für den Erfolg der Projekte waren vor allem die Akteure und der Prozess relevant. Fundamental ist das persönliche, meist ehrenamtliche Engagement der Beteiligten. Eine gute Projektidee reicht nicht aus, wenn sie keine Unterstützung findet und die Umsetzung nicht flexibel ausgestaltet werden kann. Weiterhin wichtig für den erfolgreichen Einstieg und den Verlauf von Pilotprojekten sind die Nutzung, die Pflege und der Ausbau bestehender Netzwerke und der Rückgriff auf etablierte und bewährte Organisations-, Kooperations- und Engagementstrukturen. Eine enge Kooperation, u. a. von Ehrenamtsstrukturen und professionellen Einrichtungen, sowie der Wille, gemeinsame, interkommunale Lösungen zu finden, sind entscheidend. Positiv werden zudem die Freiheit der Selbstorganisation und die Selbstbestimmung im Projektrahmen gesehen. Ebenfalls wichtig für den Erfolg ist die Bereitschaft der handelnden

Akteure, innovative Ansätze zu verfolgen und auch umzusetzen.

Eine gute Kommunikation der Projekthinhalte sowie eine intensive, strukturierte und vielseitige Öffentlichkeitsarbeit sind weitere Erfolgsfaktoren. Ein klarer Nahraumbezug und ein Methodenmix der Beteiligungsformate sorgen dabei für eine passgenaue Ansprache der verschiedenen Zielgruppen. Das behutsame Umgehen mit emotional belegten Themen, wie der freiwilligen Feuerwehr im Oderland, kann zudem verdeutlichen, dass die Belange der Involvierten ernst genommen werden. Das Einbinden, Informieren und Mitnehmen aller beteiligten Akteursgruppen ist eine Erfolgsvoraussetzung.

In mehreren Projekten zeigte sich die Bedeutung der Vorarbeiten und Analysen der Regionalstrategie. Sie waren wichtige Grundlagen für die Projektkonzepte, die Umsetzung und Argumentation.

**Umsetzungshemmnisse**

Trotz der Heterogenität der Pilotprojekte zeigten sich auch typische Umsetzungshemmnisse.

Mehrere Modellregionen beschreiben eine gewisse organisatorische und zeitliche Überforderung bei der Durchführung des Pilotprojektes, auch bedingt durch die parallele Arbeit an den Regionalstrategien. Der Zeitaufwand für Informationsvermittlung, Koordinierung und Vernetzung der Beteiligten wurden teilweise unterschätzt. Durch Erkrankungen oder Arbeitsstellenwechsel kam es zu personellen Engpässen. In einzelnen Fällen wurde die Umsetzung



zudem durch eine zu hohe Projektkomplexität erschwert. Die begrenzten Ressourcen der Zielgruppen, wie z. B. bei Ehrenamtlern oder Unternehmen, können als Ursache für die teilweise geringe Beteiligung an Wettbewerben oder Veranstaltungen genannt werden.

Auffällig ist, dass insbesondere Angebote, bei denen digitale Medien, wie Smartphone-Apps oder Internet, zentrale Elemente sind (bspw. „Mitholer“), nicht den erhofften Anklang fanden. Ggf. ist gerade die Zielgruppe der älteren Menschen nicht so technologieaffin oder bevorzugt in diesem Rahmen ein vertrautes „analoges“ Netzwerk des persönlichen Austausches. Es ist ebenso denkbar, dass im Bereich dieser Online-Angebote gleich auf die überregionalen Netzwerke und nicht auf die lokale Lösung zurückgegriffen wird.

In wenigen Fällen werden administrative und politische Hürden benannt. Diese reichen von tradierten, wenig flexiblen Zuständigkeiten und Denkmustern bis zu kontraproduktiven politischen Entscheidungen von übergeordneter Ebene, d. h. Landesseite, bspw. zu Schul- und Bahnhofsschließungen (Altmark).

### Pilotprojekte der zweiten Phase

Mit den Pilotprojekten der ersten Phase fand eine Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung statt. Diskussionen wurden versachlicht und aufgeweitet. Arbeitsgruppen und Netzwerke wurden gestärkt. In der zweiten Umsetzungsphase wurden Interesse, Engagement und die Arbeitsstrukturen des Regionalstrate-

gieprozesses gezielt genutzt, um größere strategische Projekte zu konzipieren und umzusetzen. Die Projekte starteten im Dezember 2013. Sie werden in der Regel im Dezember 2015 abgeschlossen sein. Die Projektkosten liegen zwischen 40.000 und 320.000 Euro. Acht Länder – Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen – beteiligen sich mit ca. einem Drittel an der Förderung.

### Themenschwerpunkte

Die meisten Pilotprojekte der zweiten Phase lassen sich drei Schwerpunkten zuordnen: Leben im Alter/Pflege/Gesundheit (acht Projekte), Mobilität (fünf Projekte) sowie Bildung/Fachkräfte/Übergangsmanagement (sechs Projekte). Weitere Themen sind Brandschutz, Innenentwicklung und die Kooperationen von Sportvereinen in zwei Regionen. Fünf der 23 Umsetzungsprojekte knüpften inhaltlich direkt an die Projekte der ersten Phase an. Während sich in der ersten Phase einige Projekte auf die Beteiligung von Jugendlichen ausgerichtet hatten, steht nun deutlich die Qualifizierung von Jugendlichen und die Gestaltung des Übergangs zu Ausbildung, Studium und regionalem Arbeitsmarkt im Vordergrund.

### Charakter der Projekte

In der zweiten, längeren Umsetzungsphase geht es weniger um die Aktivierung der Bevölkerung mithilfe von Wettbewerben und kleinen Projekten als um die konkrete Erarbeitung und Ausgestaltung neuer Angebote und Strukturen der Daseinsvorsorge. Sie binden häufig Bestehendes mit ein oder kombinieren es neu. Kernstück der meisten Projekte

war und ist die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten und Modellen bzw. Machbarkeitsstudien für die Ausgestaltung und Anpassung der Daseinsvorsorge. Die Konzepte und Modelle wurden und werden in der Regel konkret in der Praxis und dabei häufig in Beispierräumen bzw. -orten erprobt. Sie haben unterschiedliche räumliche Bezugs Ebenen: von der gesamten Modellregion über Teilräume und Beispielgemeinden bis hin zu einzelnen Standorten.

In vielen Projekten ist der Aufbau von regionalen und lokalen Kooperationen sowie fachbezogenen Netzwerken, z. B. im Bereich Bildung und Übergangsmanagement, von großer Bedeutung. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Organisation und das Management von Kooperationen und vernetzten Angeboten. In einigen Fällen gibt es eine Verknüpfung von professionellen und ehrenamtlichen Anbietern, wie im „Mobilitätsnetz“ Spessart.

Auch die Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Personen ist wieder Bestandteil einiger Pilotprojekte, wie in den freiwilligen Feuerwehren in der Oderlandregion, den Sportvereinen in Westmecklenburg und Ostwürttemberg sowie von Mitarbeitern kommunaler Verwaltungen im Landkreis Meißen (Oberes Elbtal/Osterzgebirge).

In allen Hauptthemenbereichen spielt die Verbesserung der Information der Nachfrager, der Nutzer bzw. der Zielgruppen über Angebote und Anbieter, z. B. der Mobilität, Pflegeberatung oder Berufsorientierung, eine zentrale Rolle. Verschiedene Informations- und Austauschplattformen sollen geschaffen

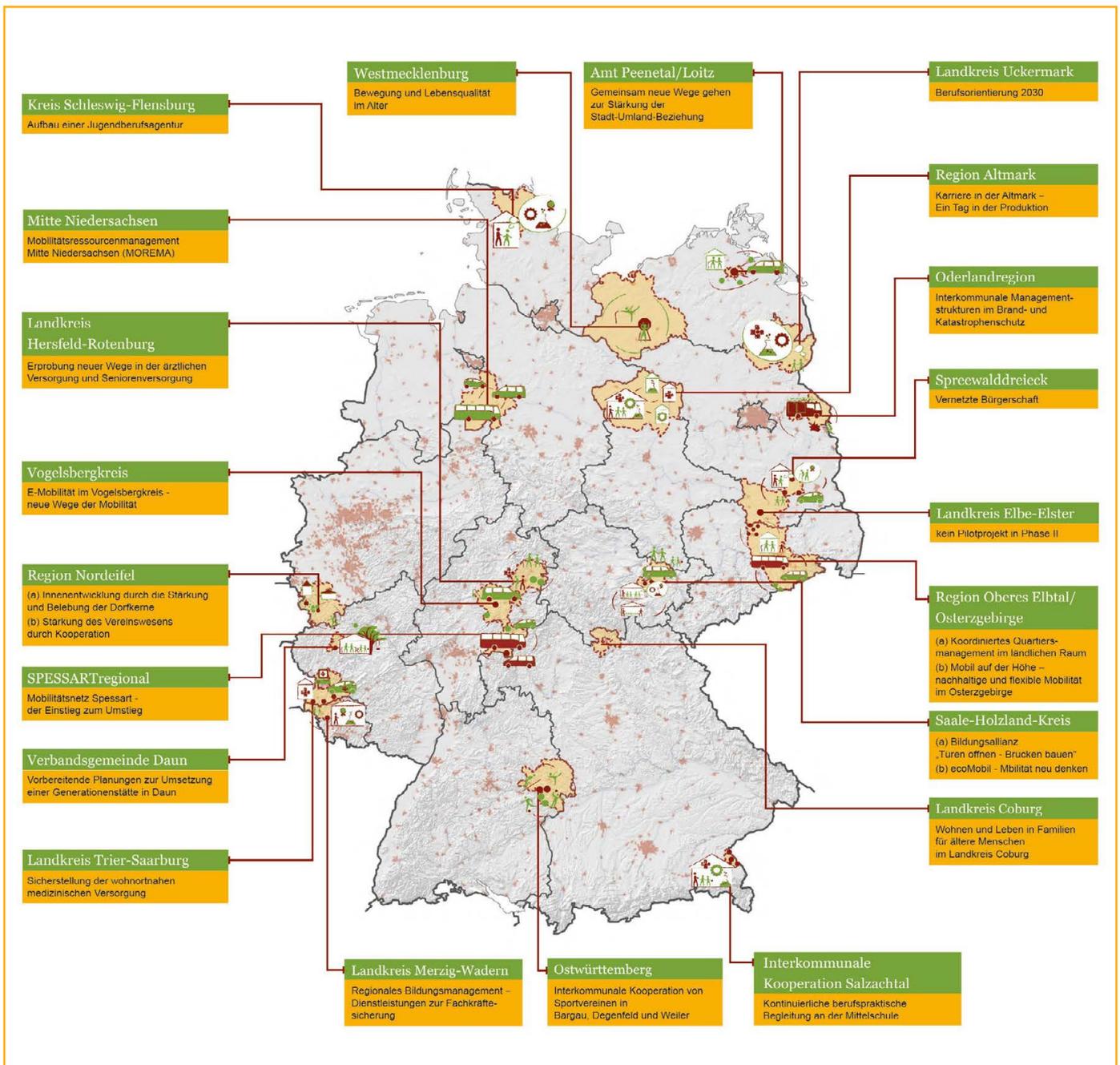


Abb. 7: Pilotprojekte der zweiten Phase; eigene Darstellung

werden, bspw. drei Anlaufstellen für bestehende Angebote und bürgerschaftliches Engagement im Spreewalddreieck.

### **Produkte und Wirkungen**

Die Projektkonzepte sind weitestgehend erstellt bzw. langfristige Kooperationsvereinbarungen, u. a. zwischen Sportvereinen in Schwäbisch Gmünd (Ostwürttemberg), verabschiedet. In vielen Projekten der Bildung und des Übergangsmanagements wurden erstmals Koordinierungsstellen als kommunikative Schnittstellen zwischen den verschiedenen Beteiligten, wie fachlich zuständigen Verwaltungen, Gemeinden, Unternehmen, Schulen, Schülern, Weiterbildungsträgern oder weiteren freiwillig Engagierten im Feld der (Aus-) Bildung, eingerichtet. Bemerkenswert ist, dass sich teilweise die Landkreise dieser Aufgabe angenommen haben.

Gerade in komplexen, koproduktiven Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt häufig ein Überblick über bestehende Angebote, Fördermöglichkeiten und Praxistipps. Im Landkreis Meißen (Oberes Elbtal/Osterzgebirge) wurde daher eine umfangreiche Datenbank und Broschüre „Gut versorgt im ländlichen Raum. Ein Wegweiser für Gesundheit, Freizeit und Wohnen für Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige“ erstellt. Sie wird mit regem Interesse nachgefragt, als gutes Beispiel selbst von anderen Regionen. In diesem Transfer sinne besonders erwähnenswert sind zudem das Gutachten „Erfassung bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Teilhabe in der Region Westmecklenburg“, die Kooperationsvereinbarung der vier Vereine in Ostwürttemberg sowie das „Handbuch für Familien und

Seniorinnen/Senioren“ und Vertragsvorlagen im Landkreis Coburg. Darüber hinaus sind der Ausbildungsmonitor als Informationsplattform zur Berufsorientierung im Saale-Holzland-Kreis, das Konzept „Regionales Bildungsmanagement“ im Landkreis Merzig-Wadern und die Zusammenstellung von nötigen oder wünschenswerten Anpassungen von Normen und Standards für alternative, engagementgetragene Mobilität in Mitte Niedersachsen zu nennen.

Für die Bevölkerung noch konkreter und greifbarer sind die drei neu geschaffenen Anlaufstellen im Spreewalddreieck, um sich über lokale Angebote und Engagementmöglichkeiten zu informieren, die Kommunale Seniorenbetreuerin (KSB) im Landkreis Hersfeld-Rotenburg als persönliche Ansprechpartnerin sowie die in Ortsteilen agierenden Mobilitäts- und Generationenmanager im Amt Peenetal/Loitz.

Konkrete Produkte sind zudem der Siegerentwurf für ein Generationenquartier im Amt Peenetal/Loitz und sogar erste bauliche Maßnahmen wie ein Bewegungsparcours in Crivitz (Westmecklenburg).

### **Erfolgsfaktoren**

Die bereits genannten Erfolgsfaktoren konnten in den Umsetzungsprojekten der zweiten Phase bestätigt werden: Die Regionalstrategie fungiert sowohl organisatorisch als auch inhaltlich als konzeptioneller Rahmen und Türöffner, schafft Mut und Erfolgsvertrauen. Bestehende Kooperationen und Netzwerke werden genutzt und ausgebaut. In manchen Regionen kann zudem auf Ergebnisse aus Vorläuferprojekten und

somit eine fundiertere Daten- und Analysebasis zurückgegriffen werden. Eine Einbettung in andere Rahmenpläne und Konzepte fördert die Akzeptanz der Vorhaben zusätzlich. Je konkreter, kleinräumiger und damit lebensweltnäher das Projekt ist, desto besser gelingt die Einbindung möglichst vieler Akteure.

Darüber hinaus wurden in der komplexeren zweiten Projektphase noch weitere Erfolgsfaktoren deutlich.

Die Projektbeteiligten haben immer wieder betont, wie wichtig die gemeinsamen Lernprozesse waren und sind. Sie haben durch das lernende Netzwerk des Aktionsprogramms, den internationalen Austausch (siehe Beitrag in diesem Heft S. 32 ff.) sowie aus den Fehlern und Erfolgen der ersten Projektrunde gelernt; und über einen schrittweisen, selbstbestimmten und reflexiven Umsetzungsprozess können und konnten sie aus den eigenen Zwischenergebnissen lernen. Die Projekte wurden idealerweise so strukturiert, dass auf Dynamiken, starke oder schwache Nachfrage der neuen Angebote flexibel eingegangen werden konnte. Im Landkreis Coburg wurde das Wohnkonzept für ältere Menschen kurzerhand umgedreht, sodass nun auch Familien bei Älteren einziehen können und nicht nur Ältere bei Familien. Ähnlich unkompliziert wurden die Werbe- und Kommunikationskanäle bei ausbleibendem Interesse bzw. Scheu vor der innovativen Idee in anderer Form bespielt.

Zum Erfolg beigetragen hat auch, dass Konkurrenzen zu bestehenden Projekten in allen Regionen vermieden und stattdessen gezielt Ergänzungsangebote



Quelle: HS Neubrandenburg



Quelle: HS Neubrandenburg



Quelle: HS Neubrandenburg

aufgebaut sowie neue Kooperationsformen gesucht wurden. So setzte der „Tag in der Produktion“ in der Altmark für die 9. Klasse direkt an die Bildungsangebote des 7. und 8. Schuljahres an und wurde mit anderen Lernprozessen an der Schule verzahnt.

Hilfreich sind zudem Kooperationsvereinbarungen, die die „Leitplanken“ der Zusammenarbeit definieren, wie zwischen vier Sportvereinen in Ostwürttemberg. Gerade bei der konzeptionellen Bearbeitung sensibler Themen ermöglichen externe Gutachter und Berater eine neutrale Moderation von Prozessen, einen Blick von außen und neues Wissen. Gleichzeitig erwies sich für die erfolgreiche Umsetzung vor Ort und die Akzeptanz durch die Zielgruppen die Einbindung bekannter, vertrauter Personen als sehr wertvoll. Ortskenntnis und Vertrauen sind klare Erfolgsfaktoren. Wichtig ist dabei auch, dass die entwickelten Angebote nicht als Hilfeleistung für Bedürftige deklariert oder verstanden werden, sondern als innovative Ergänzung und Steigerung der allgemeinen Lebensqualität.

Viele Projekte werden erst mithilfe der Bürger und ihres Engagements mit Leben gefüllt. Indem die Ehrenamtlichen in den Projekten besondere Anerkennung und durch Neustrukturierungen Entlastung erfahren, sichert man sie in Zukunft als wichtige Stützen und Identitätsträger. Auch die Unterstützung aus Politik und Verwaltung und die Anbindung an die Leitungsstrukturen trugen maßgeblich zum Gelingen der Projekte bei.

**Umsetzungshemmnisse**

Das A und O war und ist schließlich genügend Zeit zum Ausprobieren, Wachsen und Anpassen der Projekte. Dies schließt allerdings auch Verzögerungen mit ein. In manchen Pilotprojekten ergaben sich Verzögerungen durch Personalwechsel, einen Wechsel der ehrenamtlich Verantwortlichen, Erkrankungen oder anstehende Kommunalwahlen. Wissen und Vertrauen mussten wieder aufgebaut und die neuen Protagonisten für die Projektideen gewonnen werden.

In anderen Fällen wurden die Ziele zu hoch angesetzt bzw. die Umsetzung war komplizierter und komplexer als gedacht und konnte mit den begrenzten Ressourcen kaum bewältigt werden. So musste besonders bei neuen oder innovativen Angeboten viel Erklärungs- und Überzeugungsarbeit geleistet werden, um bestehende Skepsis bei möglichen Partnern und Nutzern auszuräumen. Eine fehlende oder nur fragile Kooperationsbereitschaft von wichtigen Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung oder auch aus der Bürgerschaft kann den Erfolg ebenfalls gefährden. Vor allem bei der Einbindung von Ehrenamt und Engagement sollten daher die örtlichen Besonderheiten und gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden.

Zu Umsetzungsproblemen kann es auch kommen, wenn die tatsächlichen Bedarfe oder die Nachfrage falsch eingeschätzt werden. In einigen Fällen wurden die Bedarfe der Zielgruppen, meist älterer Menschen, oder deren Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem bei der Projektkonzeption überschätzt. In all diesen Fällen hemmender Aspek-

te kommt es nicht nur auf eine kritische projektinterne Evaluation an, sondern auch auf eine flexible Reaktion auf die Umstände bzw. mangelnde Nachfrage.

**Verstetigung der Projekte**

Einem Großteil der Projektträger ist es gelungen, die Pilotprojekte der ersten Phase bzw. deren wichtigste Ergebnisse umzusetzen und zu verstetigen. Von einigen Projektträgern werden die entwickelten Angebote (kulturelle Angebote, Hilfe- und Unterstützungsleistungen etc.) mit eigenen personellen und finanziellen Mitteln weitergeführt. Andere Pilotprojekte sichern die Nachhaltigkeit über die Zusammenarbeit mit bzw. die Integration in etablierte Strukturen ab, wie bei der frühpräventiven Wohnberatung in die Stabsstelle regionale Daseinsvorsorge des Landkreises Merzig-Wadern. Teils ist es auch gelungen, mithilfe der durchgeführten Maßnahmen eine Initialzündung bei beteiligten Akteuren zu bewirken, die diese dann fortführen. In vielen Projekten wurden institutionelle Rahmenbedingungen für die Verstetigung geschaffen, z. B. durch die Gründung von (Träger-)Vereinen im Amt Peenetal/Loitz und im Kreis Hersfeld-Rotenburg.

Verstetigung erfolgt auch durch Übernahme der Konzepte und Maßnahmen in die formelle Planung wie den Nahverkehrsplan (Saale-Holzland-Kreis), in formale, überregional gültige Vereinbarungen wie die Finanzierungs- und Durchführungsvereinbarung für den Rehabilitationssport (Westmecklenburg) oder in fördermittelgetragene Regionale Entwicklungskonzepte wie LEADER (Oberes Elbtal/Ostertzegebirge).



Obwohl noch nicht abgeschlossen, wurden auch in vielen Pilotprojekten Maßnahmen für die Verstetigung der Angebote und Strukturen in die Wege geleitet. So haben bspw. die Sportvereine in Ostwürttemberg mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung und die Einbindung der Ortsvorsteher in den Kooperationsausschuss wichtige Grundlagen für die Verstetigung der Zusammenarbeit geschaffen. Im Spree-wald-dreieck gibt es konkrete Planungen der drei Städte, einen gemeinsamen Trägerverein für die Anlaufstellen zu gründen und interkommunal die Finanzierung abzusichern. Auch die Übergabe von Aufgaben bzw. geschaffenen Angeboten an bestehende Vereine, z. T. mit Unterstützung der Gemeinde wie beim Bewegungsparcours in Crivitz, Region Westmecklenburg, ist ein guter Ansatz der Verstetigung. Ähnlich Ideen bestehen im Amt Peenetal/Loitz, wo die geplanten Nachbarschaftshilfen über Bundesfreiwilligendienste gefördert oder in bestehende Vereinsstrukturen überführt werden sollen.

In verschiedenen Regionen sollen strategische Ansätze, aber auch die Finanzierung konkreter Maßnahmen in die LEADER-Konzepte (Saale-Holzland-Kreis, Oberes Elbtal/Osterzgebirge) oder in die Fortschreibung des GRW-Regionalbudgets (Uckermark) aufgenommen werden. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist derzeit ein Finanzierungsmodell aus nicht verausgabten Kinderbetreuungskosten, verursacht durch Geburtenrückgang, mit den beteiligten Modellkommunen in der Diskussion, um die kommunale Seniorenbetreuerin zu verstetigen. Bei erfolgreichen Vermittlungen des Seniorenwohnange-

bots und damit verbundenen Gebühren könnte das Projekt „Zusammen Leben“ von vorhandenen Strukturen, d. h. der Fachstelle für pflegende Angehörige im Landkreis Coburg, weitergeführt werden. Im Saale-Holzland-Kreis werden zudem alternative Finanzierungen, wie das Crowdfunding, geprüft.

Das Projekt in Daun und das Projekt „Innenentwicklung“ in der Nordeifel sind konzeptionell als Vorarbeiten für die Umsetzung von (Bau-)Vorhaben angelegt. Insofern ist Verstetigung dort quasi integrativer Bestandteil der Projekte. Es werden z. B. in der Nordeifel erste Überlegungen und Zusammenstellungen von möglichen Rechtsformen und Finanzierungsmodellen erarbeitet.

Für einzelne Teilergebnisse gibt es bereits dauerhafte Lösungen. So soll die Übersicht aller Maßnahmen und Angebote im Übergangsgeschehen junger Menschen im Kreis Schleswig-Flensburg durch bestehende Verwaltungseinheiten aktuell gehalten werden. Mit dem Ausbildungsmonitor im Saale-Holzland-Kreis wurde ein nachhaltig finanziertes Modell für eine Informationsplattform zur Berufsorientierung gefunden.

### Übertragbarkeit und Transfer und Projekte

Viele der ersten Pilotprojekte haben vor allem einen regionalen Modellcharakter. Eine Übertragbarkeit auf andere Orte der Region ist vielerorts geplant und scheint gut möglich. Für den überregionalen Transfer kommen in der Regel prozessbezogene Aspekte infrage, z. B. die Gestaltung der Netzwerkarbeit

und der Zielgruppenansprache. Konzepte oder Ergebnisberichte vieler Projekte enthalten entsprechende Darstellung der Prozessverläufe.

Eine zentrale Rolle für den Ergebnistransfer spielt die Aufbereitung der Ergebnisse und Erfahrungen: je genauer die Ergebnisdokumentation, desto einfacher der Transfer. Dies ist in einigen der Ergebnisberichte, wie z. B. bei den Projekten „Mobile Zukunftswerkstatt“ (Landkreis Elbe-Elster) mit der Darstellung von idealtypischen Elementen und Prozessschritten sowie von möglichen Hemmnissen und deren Bewältigung sehr gut gelungen.

Vor allem in der zweiten Phase der Pilotprojekte wurde die Übertragbarkeit und der Transfer oft explizit berücksichtigt und mitgedacht: In Ostwürttemberg bestehen mit den geplanten Übertragungsworkshops und dem Beratungsangebot für Vereine gute konkrete Ansätze, um weitere Vereinskoooperationen in der Region zu initiieren und zu unterstützen. In der Oderlandregion, im Vogelsbergkreis, in Daun oder in der Nordeifel sollen Leitfäden entstehen, die die Übertragbarkeit der gemachten Erfahrungen erleichtern. Im Landkreis Coburg sind bereits ein Handbuch für Familien und Seniorinnen/Senioren sowie Vertragsvorlagen für das Zusammenleben entstanden, die von anderen Landkreisen genutzt werden können. Die vorbereitenden und begleitenden Bedarfsanalysen und Evaluierungen sowie die aufbereiteten Anforderungen an die Ausgestaltung des Bewegungsparcours aus dem Projekt „Beweglichkeit und Lebensqualität im Alter“ sind auf andere Regionen und Gemeinden über-

tragbar. In den Projekten „Tag in der Produktion“, „Kommunale Bildungsallianz“ sowie „Regionales Bildungsmanagement“ wurden bereits verschiedene Angebote der Berufsorientierung sowie zugehörige Unterlagen entwickelt und erprobt.

Sehr gut für den Transfer auf andere Gemeindeverbände eignet sich auch die interkommunale Gefahrenabwehrbedarfsplanung der Oderlandregion. Die Systematisierungsansätze und Empfehlungen aus dem Gutachten zu bürgerschaftlichem Engagement in Westmecklenburg sind ebenfalls gut für andere Regionen sowie die Fachöffentlichkeit geeignet.

Gute Voraussetzungen der überregionalen Übertragung der Erfahrungen bestehen im Kreis Schleswig-Flensburg durch die Mitgliedschaft der Projektmitarbeiterinnen im „Kommunalen Fachnetzwerk Übergang Schule-Beruf“. Hierdurch ist es auch möglich, die Anliegen zur Landesseite zu kommunizieren. So entstand in dem Fachnetzwerk eine gemeinsame Stellungnahme, die bei der Neugestaltung des Übergangsmanage-

ments im Land Schleswig-Holstein Berücksichtigung finden soll.

Schließlich sollte auch noch einmal betont werden, dass die Modellregionen auch von- und miteinander gelernt haben und lernen sowie ihre Ergebnisse ausgetauscht haben. Die Einbindung der Mitfahrerzentrale flüchtig wird so nun nicht nur in SPESARTregional, sondern auch im Oberen Elbtal/Osterzgebirge getestet.

**Fazit**

Die Implementierung der erarbeiteten Ergebnisse ist ein wesentlicher Aspekt für die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Regionalstrategieprozesse. Konkrete Projekte sind dabei neben Kooperationen und Netzwerken, der Information und Kommunikation der Ergebnisse, der Einbindung in formelle und informelle Fachplanungen und Konzepte ein wichtiger Baustein der Realisierung. Mit der Unterstützung der Pilotprojekte der ersten und zweiten Phase leisteten der Bund und einzelne Länder somit einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung von Teilaspekten der Regionalstrategien

und schufen gleichzeitig einen erweiterten Wissens- und Erfahrungspool für die Programmfamilie, aber auch andere Regionen. Die aufgebauten Managementstrukturen werden hilfreich sein, um weitere Maßnahmen umzusetzen und die dafür nötigen Mittel zu akquirieren.

Die Analyse der Ergebnisse der Pilotprojekte der ersten Phase zeigt, dass die angestrebten Ziele im Wesentlichen erreicht werden konnten. So konnte vor allem über die im Rahmen der Wettbewerbe ausgewählten Kleinprojekte der Ansatz Regionalstrategie „in die Fläche“ getragen werden und bisher wenig bis gar nicht beteiligte Orte und (bürgerschaftliche) Akteursgruppen erreicht werden. Die Niedrigschwelligkeit, die Selbstverantwortungsperspektiven und Qualifizierungsoptionen hatten daran erheblich Anteil. Durch die begleitende Öffentlichkeitsarbeit für die Wettbewerbe und weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen wurde die Aufmerksamkeit auf die jeweilige Regionalstrategie und das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge gelenkt und deren Bekanntheit erhöht. Neue Zielgruppen konnten in



den Prozess der Regionalstrategie eingebunden werden. Die Pilotprojekte tragen damit zur Erweiterung und Vertiefung der regionalen Netzwerke bei. Der Ansatz der strategiebegleitenden Pilotprojekte mit vergleichsweise geringem Budget hat sich demnach bewährt. Beide Grundformate – regionsinterne Ideen- und Umsetzungswettbewerbe von Kleinprojekten sowie regional bestimmte Projekte – können auch für künftige ähnlich gelagerte MOROs empfohlen werden.

Ein ähnliches Fazit kann zu den größeren Pilotprojekten der zweiten Phase gezogen werden. Sie waren prozessual und lernend angelegt und hatten den Gesamttraum bzw. die Übertragbarkeit in die Fläche dabei noch stärker im Blick. Wie bereits beschrieben, kann zwischen solchen, die sich eher auf Einzelaspekte in den jeweiligen Daseinsvorsorgebereichen oder „Lupengebiete“ beziehen, und solchen, die einen thematisch und räumlich umfassenderen Ansatz haben, unterschieden werden. Bei den Projekten, die sich auf Einzelaspekte beziehen, waren und sind einfacher Erfolge zu erzielen. Die Wirkungen bleiben jedoch erst einmal inhaltlich und räumlich begrenzter. Je komplexer die Projekte sind, desto größer werden die Herausforderungen der Umsetzung. Sofern die Projekte erfolgreich sind, sind aber auch breitere inhaltliche und räumliche Wirkungen zu erreichen. Mit diesen unterschiedlichen Ansätzen können dann zweierlei Ziele der Regionalstrategie erreicht werden: Mit den komplexen, großräumlichen Projekten machen die Modellregionen einen Schritt in Richtung besserer Angebotsverzahnung und -steuerung. Mit den lokalen Pilot-

projekten machen sie einen Schritt in Richtung konkreter Lebenswelten und helfen damit bei der Sicherstellung qualitativer Daseinsvorsorgeangebote für die Bevölkerung vor Ort. Sie waren und sind somit entscheidende Motoren zur Umsetzung der Regionalstrategie.

# Vogelsberg- kreis

**E-Mobilität im Vogelsberg - neue Wege der Mobilität**

Matthias Sebald  
Vogelsbergkreis  
Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge  
matthias.sebald@vogelsbergkreis.de

Dr. Michael Glatthaar  
proloco  
glatthaar@proloco-bremen.de

E-Mobilität wird in ländlichen Regionen Deutschlands mittlerweile als Chance gesehen, um die Mobilität abseits der großen Städte zu sichern. Im mit 106.000 Einwohnern vergleichsweise dünn besiedelten Vogelsbergkreis (Hessen) stellt die Sicherung der Mobilität insbesondere für Jugendliche und ältere Menschen, die noch nicht oder nicht mehr über einen eigenen PKW verfügen, eine große Herausforderung dar. Daher sind Ideen und Diskussionen in der Region zu alternativen Mobilitätsformen in Ergänzung zum vom Schülerverkehr dominierten ÖPNV nicht neu. Gerade der Anpassungsdruck auf den ÖPNV aufgrund von Finanzierungsengpässen, sinkenden Schülerzahlen und veränderten Nutzerverhaltens bietet eine gute Grundlage, um den ÖPNV ergänzend mit individuellen und alternativen Mobilitätslösungen (Car-Sharing, Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste, Mitfahrgelegenheiten etc.) zukunftsfähig auszurichten. Um die geeigneten Lösungen für die Region zu finden, müssen diese konzipiert und erprobt werden. Der Vogelsbergkreis hat daher im Rahmen der Regionalstrategie

Daseinsvorsorge (MORO) ein Projekt entwickelt, in dem die Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz und die Potenziale von E-Mobilität bei der Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum untersucht und erprobt werden. Dafür werden mit Car-Sharing, d. h. einem Dorf- oder Bürgerauto, und einem an eine Nachbarschaftshilfe angegliederten Hol- und Bringdienst zwei alternative Mobilitätskonzepte als zunächst lokale Ansätze auf Tragfähigkeit und Übertragbarkeit geprüft. Für die zwei ausgewählten Pionierstandorte Gemünden-Nieder-Gemünden, Lautertal-Hopfmannsfeld (jeweils Car-Sharing) sowie für die Stadt Schotten (Hol- und Bringdienst) wurden individuell gestaltete Konzepte erarbeitet, die die Grundlage für die ca. ein Jahr umfassende Erprobungszeit vom 1. Quartal 2015 bis zum 1. Quartal 2016 bilden. Für den Car-Sharing-Ansatz wurden zwei unterschiedliche Ortsteile hinsichtlich Lage/ Erreichbarkeit, Einwohnerzahl, Dorfgemeinschaft/Vereinswesen ausgewählt, um den Ansatz unter verschiedenen Rahmenbedingungen zu erproben. Mit der Nachbarschaftshilfe Schotten e. V.

wurde eine etablierte Institution ausgewählt, deren Angebot im Zuge der Projektlaufzeit sowohl zeitlich als auch räumlich auf die Stadtteile ausgeweitet bzw. intensiviert wird. Das ehrenamtliche und nachbarschaftliche Engagement kann über die Nutzung von E-Fahrzeugen in einem größeren Radius angeboten werden, so dass deutlich mehr Personen davon profitieren.

Lokale Vereine bzw. Multiplikatoren im Ort fungieren als „Paten“ und übernehmen so Verantwortung für das jeweilige Fahrzeug bzw. den Betrieb. Dies umfasst z. B. Fahrzeugeinweisungen neuer Fahrer/innen, das Beachten von Serviceintervallen, das Kümmern um Reparaturen im Schadensfall oder auch die Außenreinigung der Fahrzeuge.

Für den Betrachtungszeitraum von fünf Monaten ist insgesamt eine gute Nutzung festzustellen, die die geplante Zielsetzung von einer Nutzung pro Tag übertrifft. Eine Rahmenbedingung des Modellprojektes ist, dass die Nutzung der E-Fahrzeuge kostenfrei ist. Lediglich eine Spende für Reinigung wird gezahlt. Folglich ist der Vergleich mit anderen E-Mobilitätsprojekten nur eingeschränkt möglich.

### Zwischenergebnisse

#### Car-Sharing

- Die Nutzungshäufigkeit ist aufgrund der Ladedauer begrenzt, dennoch ist eine zwei- bis dreimalige Nutzung der Fahrzeuge pro Tag keine Seltenheit.

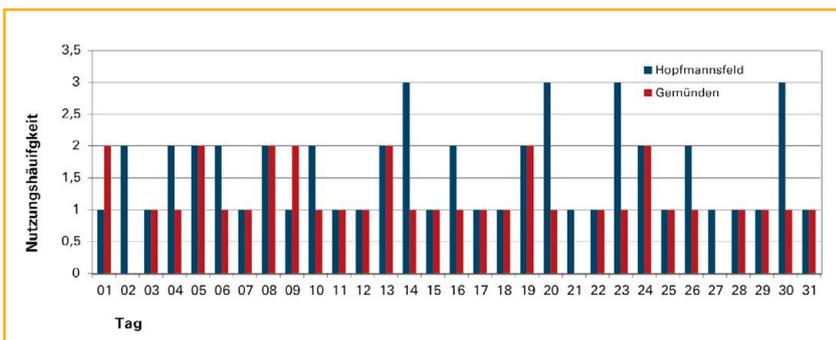


Abb. 8: Nutzungshäufigkeit Hopfmannsfeld und Gemünden im März 2015; Darstellung aus Nutzungsanalyse von proloco & GGR 2015



Bild: Technikdetails beim Schautag in Hopfmannsfeld; Quelle: Vogelsbergkreis

- Die Anzahl unterschiedlicher Nutzer nimmt allmählich ab. Die Phase der Neugier ist vorbei. Dafür steigt die Anzahl der Fahrten pro Nutzer. Ein fester Nutzerkreis hat sich gefunden.
- Die Fahrzeuge sind im Schnitt 1.500 bis 1.600 km im Monat unterwegs, die Reichweite ist für 80 bis 90 % der typischen Nutzungen wie Einkaufen, Arztbesuch, Freizeitaktivitäten laut Rückmeldung der Teilnehmenden kein Problem. Es gibt einzelne Ausreißer nach oben mit deutlich über 100 km pro Tag, die als Test- oder „Grenzerfahrungen“ zu bewerten sind.
- Die Unsicherheiten bei der Reichweite sind auch nach den ersten Testmonaten weiterhin vorhanden.
- Zentraler Schwachpunkt ist die fehlende flächendeckende Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum sowie das System unterschiedlicher E-Lade-Infrastrukturen.
- Die Alltagstauglichkeit ist voll und ganz gegeben. Die Zufriedenheit mit Fahrkomfort und technischer Ausstattung ist hoch.
- Die Planbarkeit ist hoch, da die Hol- und Bringdienste mindestens zwei Tage im Voraus gemeldet werden. Darüber hinaus gibt es feste Nutzungszeiten durch den Seniorentreff.
- Es sind Nutzungserweiterungen bei dem Nachbarschaftshilfeverein vorgesehen, z. B. als Car-Sharing für Vereinsmitglieder, durch Mitarbeiter der Stadt etc.

#### Ausblick und erste Schlussfolgerungen

Eine flächendeckende Schnellladeinfrastruktur mit einheitlichem Standard und Nutzbarkeit für alle Fahrzeugtypen ist die Voraussetzung für die Etablierung von E-Mobilität im ländlichen Raum. An diesem Punkt gibt es einen erheblichen Infrastruktur-Ausbaubedarf. Für 80 bis 90 % der Alltagsmobilität ist die Ladeinfrastruktur am Standort des Fahrzeuges jedoch ausreichend. E-Mobilität als Car-Sharing erweist sich hinsichtlich der Reichweite somit durchaus als alltagstauglich. Car-Sharing im ländlichen Raum ist daher eine mögliche Mobilitätsform in Kombination mit den Netzen des ÖPNV.

Die Organisation der Verantwortung in Gemeinschaft bzw. das „Patensystem“ hat sich bewährt und kann als wichtiger Erfolgsfaktor für das sog. Bürger- oder Dorfauto-Modell angesehen werden.

Die Kommunikationsmöglichkeiten unter den Nutzern sollen weiterhin verbessert werden, zwecks Mitnahmemöglichkeiten oder Erledigungen im Sinne der

Nachbarschaftshilfe. Aus Datenschutzgründen kann dies nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Perspektive der eigenen Erfahrung mit E-Mobilität erhöht deren Akzeptanz und unterstützt dabei, vorhandene Vorurteile abzubauen. Auch sog. Schautage, an denen die Fahrzeuge auf Wunsch auch ausprobiert werden können, haben sich als fester Bestandteil während der Projektlaufzeit bewährt.

Der Wunsch nach Verstetigung der Modelle ist bei allen Beteiligten groß. Aktuell werden verschiedene Optionen geprüft und es wird ermittelt, wie hoch die Kosten für die Verstetigung, insbesondere die Nutzungskosten pro Stunde sein können. Die Auswertung einer Nutzerbefragung, die im Herbst 2015 vorgesehen ist, soll dazu konkreter Auskunft geben.

#### Hol- und Bringdienst

- Bei der Nutzung durch die Nachbarschaftshilfe in Schotten zeichnet sich ein anderes Profil ab als bei den Car-Sharing-Modellen. In den Kernzeiten Montag bis Freitag wird das Fahrzeug durchschnittlich einmal pro Tag genutzt.



Bild: Fester Parkplatz für das E-Mobil der Nachbarschaftshilfe Schotten vor der Geschäftsstelle; Quelle: pro loco

# Landkreis Merzig-Wadern

**Regionales Bildungsmanagement Merzig-Wadern (RBM) – Kommunale Dienstleistungen im Rahmen der Fachkräftesicherung**

Christian Brunco  
Regionales Bildungsmanagement Merzig-Wadern  
im SchülerZukunftsZentrum Merzig-Wadern  
rbm@merzig-wadern.de

Mit dem Regionalen Bildungsmanagement (RBM) will der Landkreis Merzig-Wadern dem qualitativen und quantitativen Fachkräftemangel in der Region entgegenwirken, den Bildungsstandort Merzig-Wadern stärken und die Attraktivität der Region weiter steigern.

Hierzu wurden Strategien und konkrete Dienstleistungen entwickelt, die es den regionalen Schülern ermöglichen, bestehendes Wissen insbesondere im MINT-Bereich berufsnah zu vertiefen, berufliche Kompetenzen auszubauen und Studien- sowie Berufsorientierungsangebote wahrzunehmen, die bisher zumindest regional nicht verfügbar waren. Doch nicht nur Schüler profitieren von dem Projekt, auch Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte werden durch die Angebote angesprochen und in ihrer Rolle als Ansprechpartner für die Berufsorientierung unterstützt.

Im Mittelpunkt der RBM-Aktivitäten stehen die RBM-Praxis-Angebote. Hierbei vermitteln Fachkräfte aus der Wirtschaft und Referenten von Hochschulen lehrplan- und praxisorientiert Inhalte aus ihren Berufen und Studiengängen. Die Teilnehmer/innen dieser Kurse lernen so Anwendungsgebiete für das in der Schule erworbene theoretische Wissen kennen und erhalten gleichzeitig Einblicke in diverse Berufsfelder, um sich besser orientieren zu können. Beispielhaft sei hier der Kurs „Kosmetik AG“ genannt, welcher von der Lactopia GmbH, einem Kosmetikerhersteller im Saarland, regelmäßig durchgeführt wird. Die Teilnehmer/innen erlernen hier nicht nur die Grundlagen der Kosmetikerherstellung, sondern bekommen Inhalte aus dem Innovations-, Projekt-

und Produktmanagement von einem Unternehmer selbst vermittelt. So werden zunächst eigene Produktideen entwickelt und ihre Machbarkeit geprüft. Anschließend müssen alle notwendigen Ressourcen in Art und Menge recherchiert und beschafft werden, damit die Herstellung eines Prototyps erfolgen kann. Nach einer eingehenden Fehleranalyse geht es schließlich in die Endproduktion für alle.

Damit solche Veranstaltungen stattfinden können, hat der Landkreis Merzig-Wadern bereits 2012 ein SchülerZukunftsZentrum mit Labor-, Seminar- und Werkstatträumen eingerichtet, das nun vom Regionalen Bildungsmanagement genutzt wird.

Ebenfalls dort finden die RBM-Infoabende statt, mit denen insbesondere die Zielgruppe der Erziehungsberechtigten erreicht wird. Für Schüler sind oft die Erziehungsberechtigten die ersten

Ansprechpartner, wenn es um Berufs- und Studienwahl geht. Doch auch an dieser Stelle entsteht ein Informationsbedarf, der oft unzureichend gedeckt ist. Aus diesem Grund bietet das RBM regelmäßig im Abendbereich Informationsveranstaltungen mit Hochschulen und Unternehmen an, bei denen es im kleinen Kreis (max. 30 Personen) neben Vorträgen und einer Diskussionsrunde noch die Möglichkeit gibt, mit den Referenten in Einzelgesprächen offene Fragen zu klären bzw. sich direkt zu bewerben.

Veranstaltungen finden aber nicht nur im SchülerZukunftsZentrum statt. Mit RBM-Mobil werden zusätzlich Fahrten zu Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen offeriert. Hierbei erhalten die teilnehmenden Schüler vor Ort in der jeweiligen Einrichtung Einblicke in verschiedene Studiengänge, (Ausbildungs-) Berufe, Forschungsaktivitäten und wissenschaftliche Tätigkeiten. Die Mitarbeiter des Regionalen Bildungsmanagements fungieren dabei als Betreuer bzw. Lotsen und entlasten so die teilnehmenden Lehrkräfte.

Neben diesen drei Kern-Dienstleistungen bietet das RBM zusätzlich Lehrkräftefortbildungen an, um die Praxisorientierung im Unterricht zu fördern. Darüber hinaus finden Informationsveranstaltungen für Unternehmen zu den Themen Personalmarketing und Personalakquise in Zeiten des demografischen Wandels statt. Im ISB, dem Infobereich für Studium und Beruf im SchülerZukunftsZentrum, wurde das Foyer der Einrichtung so hergerichtet, dass sich Schüler und Erziehungsberechtigte unabhängig von den stattfind-

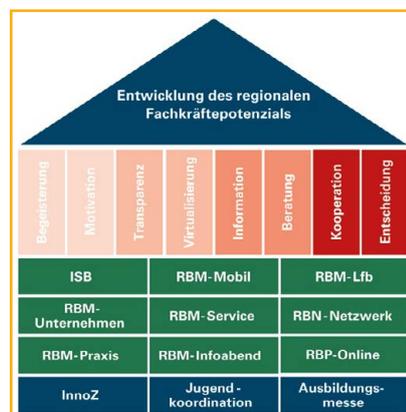


Abb. 9: RBM-Dienstleistungsportfolio; Quelle: Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH



*Bild: Kurs Mikrobiologie I;  
Quelle: Gesellschaft für Infrastruktur  
und Beschäftigung des Landkreises  
Merzig-Wadern mbH*

denden Veranstaltungen über Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Großregion informieren können.

Um Schulen und Unternehmen in der Berufsorientierung enger miteinander zu verzahnen und die Angebote des RBMs kontinuierlich an die Bedürfnisse beider Seiten anzupassen, wurde gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft Saarland der Arbeitskreis SchuleWirtschaft Merzig-Wadern gegründet, der zweimal im Jahr Unternehmens- und Schulvertreter zum gemeinsamen Interessenaustausch einlädt.

Ein weiteres zentrales Ziel des Regionalen Bildungsmanagements ist die Schaffung von Transparenz auf dem regionalen Ausbildungs- und Berufsorientierungsmarkt sowie die dauerhafte Präsentation der Ausbildungsregion Merzig-Wadern nach außen. Zahlreiche Unternehmungen in der Vergangenheit, transparente Strukturen aufzubauen, scheiterten an den kurzen Produktlebenszyklen der Berufsorientierungsmaßnahmen und der kontinuierlichen Aktualisierung der gewonnenen Daten. Mit einem Regionalen Bildungsportal möchte der Landkreis Merzig-Wadern einen virtuellen Ort schaffen, an dem alle Informationen rund um das Thema Ausbildung, Berufs- und Studienorientierung sowie Jugendberufshilfe omnipräsent verfügbar sind und über regelmäßige Abfragen bei den zuständigen Institutionen und Unternehmen aktualisiert werden.

Mit all diesen Angeboten konnten in der bisherigen Projektlaufzeit von Januar 2014 bis Juli 2015 bereits 73 Veranstal-

tungen mit 1.161 Teilnehmern realisiert werden. Ein Erfolg! Denn bisher stellen diese Dienstleistungen einen Mangel in der Region dar. Praxisorientierte Studienorientierung gab es bislang nur an den Hochschulen, die aufgrund der Entfernung von den regionalen Schulen weitestgehend nicht wahrgenommen werden konnten. Durch die Kopplung der Angebote an den Lehrplan und die entsprechenden Studienberufe wurden zusätzliche Anreize geschaffen, so dass die Inanspruchnahme der RBM-Praxis-Angebote durch Lehrkräfte mit ihren Schülern kontinuierlich steigt.

Das eigentliche Ziel mit RBM-Praxis war es, anwendungsorientiert aufzuzeigen, wie (Studien-)berufe in der Realität aussehen. Mittlerweile bilden sogar Ausbildungsbetriebe Teilabschnitte ihres Ausbildungsrahmenplans mit diesen Kursangeboten ab. Auch Hochbegabtenstellen fragen Kurse an und ein erstes Praktikum aus einem Kurs heraus ist zwischen einer Schülerin und einem durchführenden Unternehmen entstanden.

Gleiches gilt für die RBM-Infoabende für Erziehungsberechtigte und Schüler. Vor allem erstere Zielgruppe ist dankbar für die Möglichkeit, sich nun wohnortsnah über Berufs- und Studienmöglichkeiten zu informieren, um ihre Kinder rechtzeitig auf die Studien- und Berufswahl vorzubereiten und in diesem Prozess zu unterstützen.

Die RBM-Mobil-Angebote intensivieren noch einmal den Praxisbezug durch Unternehmensbesichtigungen und den Besuch von Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Die teilnehmenden

Schüler zeigten sich regelmäßig beeindruckt von der Vielfalt der Möglichkeiten im Saarland als auch in Rheinland-Pfalz und einige haben so den für sie passenden Studiengang sowie die passende Hochschule gefunden. Auch seitens der Hochschulen wurde positiv angemerkt, dass mit dem RBM erstmalig organisierte Schülergruppen ihre Einrichtung besucht haben.

Insgesamt sprechen somit nicht nur die Teilnehmer- und Veranstaltungszahlen für die Notwendigkeit und den Erfolg eines regionalen Bildungsmanagements. Auch die bisherigen Erfahrungen und das Feedback der Teilnehmer zeigen, dass es am Übergang von der Schule in den Beruf noch zahlreiche Bedarfe gibt, die von kommunaler Seite gedeckt werden können und die Effizienz der Berufsorientierung steigern. Dies gilt im Besonderen für den ländlichen Raum, der aufgrund seiner räumlichen Distanz zu den Oberzentren mit seiner Konzentration an Bildungseinrichtungen und -initiativen benachteiligt ist.

Mit den bisherigen Aktivitäten des Regionalen Bildungsmanagements hat der Landkreis Merzig-Wadern einen Disparitätenausgleich im Bildungssektor zwischen Oberzentren und ländlichem Raum nicht nur zum Vorteil der regionalen Schüler, sondern auch der mitwirkenden Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen geschaffen.

## Westmecklenburg

### *Crivitz in Bewegung – Eine vorläufige Bilanz des Umsetzungsprojekts „Bewegung und Lebensqualität im Alter“*

*Tanja Blankenburg,  
ehemals: Projektkoordinatorin Regionalstrategie Daseinsvorsorge  
beim RPV WM, jetzt: Ministerium für Energie, Infrastruktur und  
Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern*

*Corinna Kennel  
Urbanizers, Berlin*

Ein Freitagnachmittag im September 2015: In Crivitz, einer Kleinstadt 25 Kilometer östlich von Schwerin, kommen mehrere hundert Menschen zum Feiern zusammen. Anlass ist die Eröffnung des neuen Bewegungsparcours, der in den vergangenen Monaten auf einer Grünfläche, mitten in der Stadt und doch idyllisch am See gelegen, errichtet wurde. Der Parcours mit seinen einladenden Geräten stellt nun ein neues Sportangebot in der Stadt dar, das sich an alle Crivitzer Bürgerinnen und Bürger – egal ob durchtrainiert oder eher Couch-Potato – richtet.

Bewegungsparcours finden sich in immer mehr Städten, immer mehr Kommunen investieren in den Bau solcher Anlagen. Sie sehen in dem kostenfreien, öffentlich zugänglichen und damit niedrigschwelligen Sportangebot ein wesentliches Instrument der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wagt daher die Prognose: „In der Gemeinde der Zukunft wird der „Bewegungspark für alle Generationen“ ebenso selbstverständlich sein, wie der Kinderspielfeld heute, das altersgerechte Sportangebot ebenso, wie der Bolzplatz.“ (DStGb 2014: 4)

Der Crivitzer Bewegungsparcours hat seinen Ursprung in der Regionalstrategie Daseinsvorsorge, die unter der Koordination des Planungsverbandes Westmecklenburg in den Jahren 2012 und 2013 von vielen unterschiedlichen Akteuren im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge erarbeitet wurde. Angesichts von Bevölkerungsrückgang und eines bedeutend größer werdenden Anteils Älterer sieht

sich die Region vor die Herausforderung gestellt, neue Wege im Umgang mit dem demografischen Wandel zu gehen. Als einer der Schwerpunkte schälte sich bereits im Zuge der Erarbeitung der Regionalstrategie der Bereich „Gesundheitssport“, insb. mit Angeboten für Seniorinnen und Senioren, heraus und das aus zweierlei Gründen: Zum einen geht es um die Gesundheitsförderung des Einzelnen auch im höheren Alter und zum anderen um die Stärkung der sozialen Teilhabe durch die Anbindung an die örtlichen Sportvereine und/oder Sportgruppen. Beides wiederum sind zentrale Aspekte für Erhalt und Steigerung der Lebensqualität im Alter und für ein selbstbestimmtes Leben in der vertrauten Wohnumgebung (RPV WM 2014).

Dies aufgreifend wurde das Umsetzungsprojekt „Bewegung und Lebensqualität im Alter“ entwickelt, das mit der Errichtung eines Bewegungsparcours einen konkreten Beitrag zur Verbesserung des Gesundheitssportangebots und zur Qualifizierung einer Gemeinde im ländlichen Raum als Wohnstandort für Ältere leisten will.

Die Dualität der Zielstellung – individuelle Gesundheitsförderung und Stärkung der sozialen Teilhabe – prägte die verschiedenen Phasen des Umsetzungsprojekts und auch die Zusammensetzung des Bearbeitungsteams.

#### **Vorbereitung**

Das Institut für Präventivmedizin der Universität Rostock (IPM) setzte sich intensiv mit den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für „gut funk-

tionierende“ Bewegungsparcours auseinander und analysierte dafür u. a. eine bereits bestehende Anlage in einer ebenfalls in Westmecklenburg liegenden Gemeinde. Parallel dazu wurde in einem von Regionalen Planungsverband in Auftrag gegebenen und von der Arbeitsgemeinschaft Thünen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewick/Urbanizers, Berlin erstellten Gutachten der Ist-Zustand und die Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements und der sozialen Teilhabe in den Gemeinden der Region untersucht.

#### **Wettbewerb**

Gemeinden, die durch hohes bürgerschaftliches Engagement auffielen, erhielten die Gelegenheit, sich an einem Wettbewerb um den Bewegungsparcours zu beteiligen. Hier überzeugte die 5000 Einwohner zählende Stadt Crivitz, indem sie in ihrem Konzept deutlich machte, wie der Bewegungsparcours von einem breiten Bündnis aus den Bereichen Kommunalpolitik, örtlicher Sportverein, medizinischer Versorgung und bürgerschaftlich Engagierter getragen wird.

#### **Planungswerkstatt**

Dies zeigte auch die rege Teilnahme an der Planungswerkstatt im Februar 2015. Etwa 50 Crivitzer waren gekommen, um die konkrete Gestaltung des Parcours hinsichtlich der Lage und Geräteauswahl zu diskutieren. Durch eine Erhebung des IPM im Vorfeld waren die Wünsche der Crivitzer hinsichtlich der sportlichen Aspekte bereits eingegrenzt worden. Daneben wurde deutlich, dass der Bewegungsparcours auch als Treff-



Bilder: Planungswerkstatt am 20. Februar 2015 und Eröffnungsfest am 4. September 2015; Quelle: Urbanizers

punkt fungieren soll, die Grünfläche als öffentlicher Raum, der nachbarschaftliche Begegnung ermöglicht, aufgewertet werden.

### Bau und einführendes Sportangebot

Die Kümmerer vor Ort erfuhren in der Phase der detaillierten Umsetzung fachliche Betreuung durch das IPM, bspw. bei der Auswahl des Sportgeräteanbieters. Große Bereitschaft zur Unterstützung zeigten örtliche Firmen und Einzelpersonen, die sich beim Bau des Parcours engagierten. Auch die Sitzgelegenheiten und eine Treppe als Verbindung zum Uferweg wurden in Eigenleistung durch Crivitzer Bürgerinnen und Bürger bzw. die Stadt realisiert. Unmittelbar nach Fertigstellung des Parcours im Sommer begann ein durch das IPM angeleitetes Training an den Geräten. Diese ersten Erfahrungen in der Nutzung des Parcours werden in den kommenden Monaten ausgewertet – ein wichtiger Schritt in Hinblick auf mögliche Nachjustierungen des Angebots, aber auch um zu zeigen, welche Effekte mit dem Training erzielt werden können.

### Erfahrungen

Trotz der Bereitstellung von Landesmitteln zur Kofinanzierung im Rahmen eines recht unkomplizierten Verfahrens, zeigte sich gerade dieses als die größte Hürde im Verlauf. Für hoch motivierte lokale Akteure, die am liebsten gleich – wortwörtlich – zum Spaten greifen würden, erschließen sich die formalen Anforderungen öffentliche Förderung nur schwer. Die Dauer von Abläufen in den Verwaltungen zur Bearbeitung von

Anträgen und Genehmigungen sorgten für Ungeduld und Unverständnis, da die notwendigen Abstimmungen unbekannt waren. Hier bedarf es eines gegenseitigen Verständnisses: einerseits für lokale Akteure, die bereit sind „die Ärmel hochzukrempeln“, andererseits für die fördermittelabwickelnde Verwaltung, die Vorschriften und Fristen einhalten muss. Hier hat sich gezeigt, dass eine kontinuierliche moderierende und koordinierende Begleitung eines solchen Prozesses notwendig ist.

Als ermutigendes Zeichen für bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe kann die hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in das Umsetzungsprojekt einzubringen, gewertet werden. Die stabilen Netzwerkstrukturen des engeren Kreises an Akteuren, die für den Parcours und die damit verbundenen Angebote Verantwortung übernehmen, sind beachtlich und schließen die örtlichen Sportvereine ebenso wie medizinische Einrichtungen ein. Eine wesentliche Voraussetzung für ein auf Dauer funktionierendes Angebot im Gesundheitssport ist damit geschaffen.

Ein weiterer Erfolg, der sich schon jetzt unmittelbar nach Fertigstellung des Parcours zeigt, ist, dass eine bisher eher untergenutzte Fläche mitten in der Stadt wieder im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Damit leistet das Vorhaben auch einen Impuls zur Ortsentwicklung und zur Aufwertung des öffentlichen Raums.

Für die Stadt und ihre Bürgerschaft stellt die erfolgreiche Umsetzung des Projekts einen Beweis ihrer Handlungsfä-

higkeit als kooperatives Gemeinwesen dar. Spannend wird es sein zu sehen, wie die gemeinsame Aneignung des öffentlichen Raums erfolgt und wie sich die bürgerschaftliche Eigeninitiative, die sich schon in der Planungs- und Bauphase gezeigt hat, weiterentwickelt. So verstanden, kann der Bewegungsparcours als Katalysator für ein neues Modell bürgerschaftlicher Mitverantwortung in der Daseinsvorsorge wirken und einen Weg aufzeigen, wie Lebensqualität in ländlichen Räumen unter den Vorzeichen des demografischen Wandels erhalten werden kann.

### Literatur

*Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) 2014: Städte und Gemeinden bringen Bürger in Bewegung, Bewegungsparcours im öffentlichen Raum, Dokumentation Nr. 127*

*Regionaler Planungsverband Westmecklenburg (RPV WM) 2014: Dem Wandel begegnen, die Zukunft gestalten, Regionalstrategie Daseinsvorsorge*

## Oderland- region

### *Aufbau interkommunaler Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz*

*Thomas Drewing  
MORO-Geschäftsstelle Oderland  
c/o Stadt Seelow  
thomas.drewing@seelow.de*

Die Oderlandregion als interkommunale Kooperation hat sich 2011 gebildet und umfasst die Ämter Golzow, Lebus, Neuhardenberg und Seelow-Land sowie die Gemeinde Letschin und die Stadt Seelow. Auf etwa 811 km<sup>2</sup> leben ca. 31.000 Einwohner.

Das Projekt „Aufbau interkommunaler Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz“ verfolgt das Ziel, auf der Basis der strukturellen Gegebenheiten und den demographischen Entwicklungen durch intensive Nachwuchsgewinnung, gute Ausbildung, der Einführung technischer Neuerungen und interkommunaler Abstimmungen den Brand- und Katastrophenschutz in der Oderlandregion effizient zu gestalten. Es wird begleitet durch eine „Interkommunale Planungsgruppe Brand- und Katastrophenschutz“, in der regionale Kooperationspartner wie die Amts-, Gemeinde- und Stadtwehrlführer, der Kreisbrandmeister, der Landkreis Märkisch-Oderland und die jeweiligen Ordnungsämter beteiligt sind. Das Vorhaben ist aus der Regionalstrategie abgeleitet, in deren Rahmen die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr als ein wichtiger Handlungsschwerpunkt identifiziert wurde.

Aufgrund des steigenden Personalbedarfs der Feuerwehren und dem gleichzeitigen drastischen Bevölkerungsrückgang in den Altersgruppen 0-6 Jahre und 7-14 Jahre entsteht in den nächsten Jahren ein großes Nachwuchs- und Rekrutierungsproblem. Schon heute reicht der Personalbestand an Mitarbeitern und der Feuerwehren nicht aus, um die weitreichende Pflichtaufgabe der Prävention in der ausreichenden bzw.

wirkungsvollen Breite und Menge zu gewährleisten. Dabei stellt sich immer mehr heraus, dass gerade im Bereich Prävention und Ausbildung, vorwiegend in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der allgemeinen Investitionsabstimmung und deren Koordinierung ein erheblicher Bedarf besteht. Die präventive Arbeit an Kitas und Grundschulen ist ein wichtiger Teilbereich des Brandschutzes und bedeutsam für die Gewinnung von späteren Einsatzkräften. Eine dauerhafte Bezugsperson und die Schaffung kontinuierlicher Kontakte zu den Jugendwehren tragen wesentlich zu einer guten Nachwuchsrekrutierung und den Ausbau des Ehrenamtes bei. In Zusammenarbeit mit den örtlich Tätigen und Jugendwarten ist diese Arbeit zu koordinieren und sind einheitliche Maßstäbe zu erarbeiten, welche dann vor Ort umgesetzt werden sollen. Dementsprechend werden in dem Vorhaben im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes und der Prävention Unterstützungsleistungen für Verwaltungen und Feuerwehren angeboten und interkommunal koordiniert. Hierfür wurden entsprechende regionale Managementstrukturen aufgebaut.

Seit November 2013 arbeitet die Oderlandregion an der Umsetzung. Der Koordinator ist seit Juni 2014 mit der Koordinierung von Prävention und Ausbildung, der interkommunalen Abstimmung der Alarm- und Ausrückordnungen sowie der interkommunalen Abstimmung der baulichen Investitionen und des Fahrzeugbestands betraut. Als Grundlage für die interkommunalen Abstimmungen wurde eine interkommunale Gefahrenabwehrbedarfsplanung erstellt.

### **Prävention und Ausbildung**

In der Region zeigt sich ein unterschiedlicher Ausbildungsstand in den Wehren. Alle gesetzlich vorgeschriebenen Qualifizierungen werden im Allgemeinen eingehalten. Aufgrund sich neu bildender Gefahrenschwerpunkte, wie Solar- und Biogasanlagen oder der Eisenbahnstrecke Ostbahn (Berlin-Kostrzyn) mit steigenden Passagierzahlen, ist es notwendig, einen einheitlichen Ausbildungsstand aller Kräfte zu schaffen. Da Großschadensfälle nur gemeinsam bewältigt werden können, ist eine gemeinsame Ausbildung Grundvoraussetzung. Mit dem Vorhaben wurden hier erste Schritte gegangen.

Ergebnis ist die erste interkommunale Ausbildung zum Truppmann. Diese liegt in Verantwortung der Träger des Brandschutzes. Für die Oderlandregion gilt dies für sechs Gebietskörperschaften. Vorgeschrieben sind für die Truppmann I-Ausbildung mindestens 70 Stunden. Für die Truppmann II-Ausbildung sind es 80 Stunden (auf zwei Jahre). Durch das Bilden eines Ausbilderpools, die Verteilung der Aufgaben auf viele Ausbilder und durch Koordination, konnte der einzelne Kamerad entlastet werden. Wenn ein Amt eine solche Ausbildung alleine durchführt, müssen die entsprechenden Ausbilder bis zu acht Wochenenden hintereinander private Zeit ehrenamtlich verbringen. Durch die Verteilung auf sechs Ämter waren die meisten Ausbilder nur ein- bis zweimal tätig. Prüfungsvorbereitungen wurden vom Koordinator erledigt, ebenso die Planung des DRK-Lehrgangs, das Bereitstellen eines Übungs-PKW für die Ausbildung Schere/Spreizer, die



Quelle: Kathrin Siegel



Quelle: Thomas Drewitz

Erstellung des Ausbilderpools oder die Erarbeitung des Stundenplans und der Vorbereitungsstermine. 19 Truppmänner und -frauen sind aus der Ausbildung hervorgegangen. Die gemeinsame Ausbildung wird von den Beteiligten als sehr sinnvoll angesehen und soll zukünftig regelmäßig im Jahr ablaufen. Zudem führte der Feuerwehrkoordinator für die Verwaltungsmitarbeiter im Bereich der Oderlandregion eine Brandschutzhelfer-Ausbildung durch. Diese soll künftig auch für die nachgeordneten Einrichtungen, wie Kitas und Schulen, angeboten werden.

### Interkommunale Gefahrenabwehrbedarfsplanung

Der Gesetzgeber gibt die Erstellung einer Gefahren- und Risikoanalyse und der daraus resultierenden Alarm- und Ausrückeordnung vor. Diese sind gebietsbezogen zu erstellen und betrachten nur ein kleinräumiges Gebiet. Es gibt keine Vorschrift für die Erstellung. In vielen Kommunen wird sie durch die Amtswehrführung und den jeweiligen Sachbearbeitern erstellt. Das Ergebnis sind große qualitative Unterschiede. Mit der Erstellung einer interkommunalen Gefahrenabwehrbedarfsplanung möchte man diese Grenzbereiche aufstoßen. Die Betrachtung des Nachbarn, gerade unter den demografischen Bedingungen, ist für eine Stärkung des Ehrenamtes Brandschutz notwendig. Um eine qualitativ gute Arbeit vorlegen zu können war es nötig, ein externes Büro mit der Erstellung zu beauftragen. Dies gewährt eine fachliche Neutralität.

Die Haupteckdaten sind, dass jeder Kamerad gebraucht wird und die Min-

destzahl der Einsatzkräfte in 2030, wenn auch auf einem kritischen Niveau, gesichert ist. Jedoch kann die Tageseinsatzbereitschaft bereits heute nicht mehr umfangreich gesichert werden, so dass in dem Konzept folgende Handlungsempfehlungen vorgeschlagen werden:

1. Mittelfristige Anpassung des Fahrzeugpools zur Schaffung von schnellen und agilen Einheiten (Rendezvous-System)
2. Optimierung der Alarm- und Ausrückeordnungen (weg von kommunalen, hin zu interkommunalen AAOs)
3. Alarmunabhängige Rückmeldesysteme
4. Anreizsysteme zur Neugewinnung und Übernahme

In Anbetracht der brisanten Haushaltslagen (elf von 20 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept, Tendenz steigend) können kaum noch die Pflichtaufgaben fachgerecht realisiert werden. Gerade in Bezug auf die feuerwehrtechnische Ausstattung stehen Kommunen vor Herausforderungen. Durch eine abgestimmte Ausstattung mit Technik lassen sich Effizienzsteigerungen erzielen. Erste interkommunale Betrachtungen zum Fahrzeugpool werden in dem Konzept gemacht. Durch Ersatzbeschaffungen soll der Fuhrpark modernisiert und den Verhältnissen angepasst werden. Das in der Beratung befindliche Konzept soll im Herbst 2015 in den Gremien beschlossen werden. Die interkommunale Gefahrenabwehrbedarfsplanung soll dann die Basis für ein koordiniertes Handeln in der Oderlandregion sein.

Sowohl die Herangehensweise als auch die Umsetzung sind für die Oderlandregion beispielhaft und auf andere Regionen übertragbar. Grundvoraussetzung ist der gemeinsame Wille zum Handeln. Aus dem Prozess lassen sich folgende Rückschlüsse ziehen:

#### 1. Beständige Arbeit mit den Akteuren

Durch die Bildung einer AG, zusammengesetzt aus Mitgliedern aller Wehrführungen und den zuständigen Sachbearbeitern der Verwaltungen entstand ein gutes Arbeitsklima. Es ist keine „Chefsache“, sondern notwendiges Handeln. Interkommunale Arbeit ist langwierig und bedarf Verständnis für den Anderen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist meist ein großer Schritt.

#### 2. Fachliche Unterstützung

Bei Analysen und der Erarbeitung von Konzepten ist die Einbindung neutraler Dritter zur Akzeptanzsteigerung unheimlich wichtig. Eigene fachliche Kompetenz wird meist nicht akzeptiert, weil diese subjektive Einflüsse einbringen könnte. Auch können somit alternative Ideen zumindest diskutiert werden.

#### 3. Evaluierung

Selbst kleine Erfolge sollten herausgestellt und beständig angesprochen werden. In der Region war es die Einrichtung des gemeinsamen Ausbildungspools. Die Bedeutung spiegelt sich noch heute in den Gesprächen wieder, man ist stolz auf das Erreichte. Als Ergebnis wird nun eine qualitativ höherwertige Ausbildung erzielt. Notwendig ist eine Beständigkeit nach Prozessende. In der Oderlandregion sollen die Strukturen weitergeführt werden.

## Regionale Daseinsvorsorge in Europa

### Ergebnisse der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“

Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß, Dr.-Ing. Kirsten Mangels und

Dipl.-Ing. Julia Anslinger

Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“

TU Kaiserslautern, Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung

troegerw@ru.uni-kl.de, kirsten.mangels@ru.uni-kl.de,

julia.anslinger@ru.uni-kl.de

Ziel der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ ist die Darstellung und Analyse sowie die Bewertung internationaler Erfahrungen im Bereich der Daseinsvorsorge aus ländlichen Regionen beim Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels.

Die Begleitforschung unterstützt die internationale Vernetzung des Aktionsprogramms insgesamt sowie einzelner Modellregionen. Im Vordergrund stand dabei die Organisation und Durchführung eines Austauschs zwischen den deutschen Modellregionen und europäischen Partnerregionen mit vergleichbaren Herausforderungen. Weitere Ziele waren

- das Kennenlernen unterschiedlicher Rahmenbedingungen,
- das Kennenlernen von innovativen Ansätzen, Strategien und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge in anderen europäischen Ländern (best practices),
- der Beitrag zur Initiierung des internationalen fachlichen Austausches,
- die Verstetigung der internationalen Erfahrungen durch die Initiierung von Netzwerken und Kooperationen zwischen den Modell- und Partnerregionen,
- Anregungen und Impulse für die eigene Arbeit zu bekommen,
- die gegenseitige Unterstützung zu stärken sowie
- den fachlichen und persönlichen Austausch zwischen den Modellregionen zu stärken.

Im Rahmen von drei internationalen Fachexkursionen konnten Vertreterinnen und Vertreter der Modellregionen und beteiligten Landesministerien im Verlauf des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge „Internationale Erfahrungen“ sammeln. Bei diesen internationalen Informations- und Erfahrungsaustauschen standen der Austausch von Wissen und Erfahrungen sowie die Vorstellung guter Beispielprojekte im Vordergrund. Zur Verstetigung der internationalen Erfahrungen konnten die internationalen Kontakte genutzt werden, um die entstandenen Netzwerke weiter zu knüpfen, langfristige Partnerschaften zu ermöglichen und die Nutzung von Förderprogrammen zu verbessern.

Eine weitere Gelegenheit, „Internationale Erfahrungen“ zu sammeln, bietet sich am 19. November 2015 in Berlin, wo die Tagung zum Thema „Digitalisierung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge – internationale und nationale Erfahrungen“ stattfinden wird.

#### Konzept

Die Sicherung der Daseinsvorsorge stellt Regionen europaweit vor zahlreiche Herausforderungen. Dies sind vor allem ländliche, strukturschwache Regionen, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Anhand von vier Beispielregionen lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachexkursionen die jeweiligen Herausforderungen und die dazu entwickelten Projekte, diesen zu begegnen, kennen. Vorab erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Vorbereitung der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche

einen Informationsreader zur jeweiligen europäischen Partnerregion mit Inhalten zur Region und zu den Projekten. Während der Fachexkursionen stellten die Akteure aus den Partnerregionen vor Ort die Herausforderungen in ihrer Region und die dazugehörigen, innovativen Projekte vor. Die Referentinnen und Referenten kamen dabei aus unterschiedlichen Ämtern, Verwaltungsebenen und Institutionen. Diskussionsrunden, partnerschaftlicher Austausch und Besuche innovativer Projekte rundeten das Programm ab.

Die ausgewählten europäischen Partnerregionen sind strukturell ähnlich (peripher, ländlich, strukturschwach, geringe Bevölkerungsdichten und Trend zur Überalterung) und weisen innovative Ansätze zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge auf.

Die mehrtägigen Fachexkursionen gingen nach

- Niederösterreich (April 2014),
- Graubünden und Südtirol (Mai 2014) sowie
- Västernorrland (Juni 2014).

#### Ausgewählte Ergebnisse

Die Ergebnisse der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ basieren auf den durchgeführten Fachexkursionen. Auf Grundlage der Vorträge der internationalen Referentinnen und Referenten sowie weitergehenden Recherchen wurden erfolgreiche Projektbeispiele der europäischen Partnerregionen – aus unterschiedlichen Daseinsvorsorgebereichen – aufbereitet und daraus



Bilder: Fachexkursion nach Niederösterreich, April 2015; Quelle: TU Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung

zentrale Erkenntnisse abgeleitet. Die Ergebnisse sind somit keine Vergleichsstudie zu innovativen Lösungen der Daseinsvorsorge in Europa und keine Best-Practice-Sammlung, sondern bereiten, aufbauend auf den Fachexkursionen, die erfolgreichen Projektbeispiele der europäischen Partnerregionen auf. Die wesentlichen Ergebnisse der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ sind im Abschlussbericht „Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz“ als Online-Publikation des BMVI sowie im Magazin MORO Praxis „Regionale Daseinsvorsorge in Europa. Beispiele aus ländlichen Regionen“ zusammengefasst und veröffentlicht.

#### **Mobilität: Niederösterreichische Gemeindebusse, Bus alpin in der Schweiz und die Vinschgerbahn in Südtirol**

Die Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der niederösterreichischen Landesregierung erarbeitete eine Untersuchung des Pendlerverhaltens der Niederösterreicher mittels Mobiltelefon. Darauf aufbauend wurden Strategien für die verschiedenen Pendlergruppen entwickelt. Kommunen im ländlichen Raum unterstützt die Landesregierung durch kleinräumige Mobilitätsangebote. So wird zur Einrichtung eines Gemeindebusses ein Versicherungspaket angeboten. Die Gemeinden gründen einen gemeinnützigen Verein, der die Beförderung von Vereinsmitgliedern ermöglicht. Finanzierungsquellen sind hauptsächlich Spenden, Mitgliedsbeiträge und der Ticketverkauf. Der Ansatz wurde bspw. bereits mit dem Ernst-Mobil der Gemeinde Ernstbrunn und

dem Gemeindebus der Gemeinde Gersdorf umgesetzt.

Der Verein Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) setzt sich für die Interessen der Berggebiete ein und unterstützt verschiedene Projekte, wie bspw. den Bus alpin. Dieser verknüpft die Themen öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Tourismus und schließt die „letzte Meile im ÖPNV“, insbesondere zu touristischen Zielen. Dadurch wird auch die Auslastung vorheriger Verkehrslinien erhöht.

In Südtirol stellt die Reaktivierung der Vinschgerbahn ein gelungenes und erfolgreiches Beispiel zur Förderung des ÖPNVs dar. Wert wird auf das möglichst bequeme Umsteigen gelegt, gerade auch im Bereich Bahn und Bus. Beispielsweise liegen die Haltestellen räumlich nah beieinander und die Taktung ist zeitlich aufeinander abgestimmt. Durch den angeschlossenen Radverkehrsverleih wird die Bahn attraktiv für den Tourismus. Das elektronische Kartensystem ermöglicht den Reisenden automatisch die Nutzung des günstigsten Tarifs.

#### **Bildung: Kleinschulen in Graubünden, Gemeindekooperationen in Västernorrland**

Ausgehend vom Ziel, (kleine und kleinste) Schulen in ländlichen Räumen zu erhalten, untersuchte die Pädagogische Hochschule Graubünden die damit verbundenen Herausforderungen und Erfolgsfaktoren. Mehrere Trends wurden abgeleitet, wie etwa ein aktiver Entwicklungsprozess, eine verstärkte Bedürfnisorientierung sowie eine kooperative Arbeits- und Lernkultur.

Auch Mehrjahrgangsstufen sind verbreitet.

Der Kommunförbundet Västernorrland, ein freiwilliger Zusammenschluss von sieben Kommunen, unterstützt mit verschiedenen Maßnahmen die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Bildung. Somit soll die Ausbildungsvielfalt in der Region erhalten werden und Jugendlichen die Möglichkeit zum Bleiben geboten werden. Zu den Maßnahmen gehören z. B. eine regionale Ausbildungsstrategie und regelmäßige Treffen des Kommunförbundet mit dem jeweiligen kommunalen Schulverwaltungschef.

#### **Gesundheit und Pflege: Innovative Verbindung mit Tourismus in Graubünden, digitale Anwendungen und Living lab in der Altenpflege in Västernorrland**

Innovative Kooperationen entstanden im Unterengadin im Bereich Gesundheit und Tourismus. Durch neue Angebote, wie z. B. Ferien für Gäste mit Pflegebedarf, werden neue Märkte erschlossen, die Wertschöpfung in der Region erhöht und die medizinische Versorgung vor Ort verbessert.

In Västernorrland entwickelt und testet der Kommunförbundet Västernorrland im Bereich Gesundheit E-Health-Lösungen. In der häuslichen Altenpflege werden etwa Pflegenden durch Informationsprogramme und der Beratung von Krankenschwestern über Webcams in ihrer Rolle unterstützt. Das Norrlandicus Care lab testet als „living lab“ Produkte und Services in der Altenpflege mit Hilfe der Pflegenden, der Pflege-



Bilder: Fachexkursion nach Graubünden und Südtirol, Mai 2015; Quelle: TU Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung

bedürftigen und deren Verwandten. Innovationen in der Altenpflege sollen so ermöglicht werden.

### Digitale Infrastruktur: Förderung des Ausbaus und der Anwendungen in Västernorrland

Die Provinzialregierung von Västernorrland (Länsstyrelsen Västernorrland) fördert mit verschiedenen Maßnahmen den Breitbandausbau. Bis 2020 sollen 90 % der Haushalte und Unternehmen einen Zugang zu Breitband mit mindestens 100 MBit/s haben. Auch ein intensiver Dialog zwischen Unternehmen und Regierung soll dies unterstützen. Forschungsbedarf besteht bei der Frage, welche Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge durch Breitband möglich sind. Der Kommunförbundet Västernorrland setzt hier an.

### Erfolgsfaktoren und zentrale Erkenntnisse für die Modellregionen

Die durchgeführten internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche trugen zu einem intensiven Austausch und zu anregenden Diskussionen der Modellregionen mit den europäischen Partnerregionen bei. Daraus sind Netzwerke und persönliche Kontakte entstanden. Ebenso lernten die Vertreter der Modellregionen zahlreiche innovative Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den europäischen Partnerregionen kennen. Die europäischen Ansätze und Projekte sind dabei aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen nicht immer „1:1“ übertragbar, aber es gibt übertragbare Elemente und sie regen dazu an, Rahmenbedingungen zu hinterfragen.

Die zentralen Erkenntnisse wurden hauptsächlich aus den Erfahrungen und Berichten der Projektbeispiele der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche im Rahmen des MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge in zehn Punkten zusammengefasst. Sie können Anregungen bieten, erfolgreiche Projekte und Prozesse im Bereich der Daseinsvorsorge zu realisieren:

- Gesichertes Raumwissen: Bestandsaufnahmen und Analysen,
- Integrieren statt abgrenzen: Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen und -ressorts,
- Bürgerengagement nutzen: Bürgerbeteiligung, Ehrenamt und Vereine,
- Keine Angst vor starken Persönlichkeiten: „Projekt-Treiber“ sind nötig,
- Experimente wagen und vorweg gehen: Mut zu unkonventionellen Projekten und flexiblen Standards,
- Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg: Innen- und Außenkommunikation von Erfolgen,
- Klappern gehört zum Geschäft: Professionelles Marketing notwendig,
- In der Region spielt die Musik: Themen und Akteure verbinden – interkommunale und regionale Kooperationen bilden,
- Digital statt verortet: digitale Daseinsvorsorge als zentraler Entwicklungsfaktor für ländliche Räume,
- Die Kirschen in Nachbarns Garten: Gute Ideen und Erfahrungen der europäischen Nachbarn nutzen.

### Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Im Anschluss an die Fachexkursionen fand eine schriftliche Befragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer statt. Sowohl das zur Verfügung gestellte Informationsmaterial („Exkursionsreader“) als auch die Fachexkursionen wurden insgesamt sehr positiv bewertet. 92 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten den Exkursionsreader als sehr gut, 8 % als gut (n=38). 84 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten die Organisation und Durchführung des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches als sehr gut, 13 % als gut und 3 % als befriedigend (n=38).

84 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmten der Aussage zu, dass die internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche für die Erarbeitung von Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge interessante Anregungen für die Arbeit vor Ort brachten (davon stimmten 37 % voll zu und 47 % eher zu, bei n=38). 16 % waren unentschieden. 81 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmten der Aussage zu, dass die internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche hinsichtlich der Konzeption, Organisation und Umsetzung von Pilot- und Modellprojekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge interessante Anregungen für die Arbeit vor Ort brachten (davon stimmten 34 % voll zu und 47 % eher zu, bei n=38), während 13 % unentschieden waren und 6 % eher nicht zustimmten.

Über die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer empfahl ihren Regi-



onen, weitergehende Kooperationen bzw. einen weitergehenden Austausch mit den europäischen Partnerregionen anzustreben, während 16 % noch unentschieden waren. Zu den Bereichen, die aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine weitere Kooperation oder ein vertiefter Austausch von Interesse sind, zählen bilaterale, thematische Partnerschaften (14 Nennungen), sonstige Kooperationen (8 Nennungen) und Interreg-Projekte (5 Nennungen).

### Fazit der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“

Im Rahmen des internationalen Fachinformations- und Erfahrungsaustausches wurde in den Vorträgen und den Diskussionen sowohl mit den deutschen Modellregionen als auch mit den ausländischen Partnerregionen fachlich-inhaltliche Bedarfe und Herausforderungen deutlich, aus denen sich konkrete projektbezogene Handlungsansätze, beispielsweise für die Konzeption neuer Modellvorhaben der Raumordnung ableiten lassen. Zudem bietet ein solches Format – über andere Ansätze von internationalem Austausch bzw. von Projektförderungen hinaus – sehr viele Vorteile und kann als Ideengeber und Innovationsimpuls dienen. Eine Weiterführung dieser Erfahrungsaustausche bietet insbesondere für einen Wissenschafts-Praxis-Transfer bzw. Gute-Praxis-Transfer vielfältige Möglichkeiten.

Die Vernetzung von Akteuren aus Regionen mit vergleichbaren Herausforderungen ist im Rahmen des gesamten Prozesses des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge als sehr wichtig

und fruchtbar von den Beteiligten gewertet worden. Die Verstärkung eines solchen Austausches und deren Weiterentwicklung hin zu einer Interessensvertretung für Räume mit besonderer Betroffenheit vom demografischen Wandel werden als sinnvoll angesehen. Mit dem Beispiel der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) haben die durchgeführten internationalen Erfahrungsaustausche ein interessantes Vorbild aufgezeigt.

### Weitere Informationen

*Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz. Ergebnisbericht. BMVI-Online-Publikation, Nr. 02/2015. Link: [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVI/BMVIOnline/2015/DL\\_BMVI\\_Online\\_02\\_15.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVI/BMVIOnline/2015/DL_BMVI_Online_02_15.pdf?__blob=publicationFile&v=2)*

*Regionale Daseinsvorsorge in Europa. Beispiele aus ländlichen Regionen. MORO Praxis.*

*Bilder: Fachexkursion nach Västernorrland, Schweden, Juni 2015; Quelle: TU Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung*

### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Berlin

### Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

### Bearbeitung

Hochschule Neubrandenburg  
(Auftragnehmer)  
Prof. Dr. Peter Dehne (Leitung)  
Johann Kaether  
Anja Neubauer

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn  
Michael Zarth (Leitung)

### Bildnachweis

Göran Gnaudschun (Titelseite)  
Hochschule Neubrandenburg (S. 8, 9, 16, 17, 20-22)  
Landkreis Coburg (S. 11)  
Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge (S. 13)  
Vogelsbergkreis (S. 25, links oben)  
pro loco (S. 25, rechts unten)  
Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH (S. 27)  
Urbanizers (S. 29)  
Kathrin Siegel (S. 31, links)

Thomas Drawing (S. 31, rechts)  
Technische Universität Kaiserslautern,  
Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung (S. 33-35)

### Gestaltung und Satz

Hochschule Neubrandenburg

### Druck

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

### Bestellungen

Ref-1-1@bbr.bund.de  
Stichwort: MORO-Info 10/6

### Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten  
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.  
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare.

